



:ökologisch:sozial:lokal

königswinterer

wählerinitiative

Kommunalpolitisches Programm 2020

Kommunalpolitisches Programm der Königswinterer Wählerinitiative e. V.

zur Kommunalwahl am 13.09.2020.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 18. Juni 2020

Weitere Informationen und Kontakt unter www.koewi-online.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 13. September entscheiden Sie darüber, wer in den nächsten fünf Jahren die Politik in unserer Stadt gestalten wird. Wir treten für einen echten Politikwechsel an: im Rat und an der Verwaltungsspitze. Die Chancen, die CDU im Stadtrat abzuwählen, sind sehr gut. Mit Lutz Wagner, unserem gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten von SPD, Grünen und KöWI, gibt es eine hervorragende Alternative zu 20 Jahren Peter Wirtz. Seit mehr als 30 Jahren hat Lutz Wagner im Stadtrat bereits erfolgreiche Arbeit geleistet.

Wir werben um Ihre Stimme als die einzige parteiunabhängige Kraft im Rat der Stadt. Unsere Stärken sind Bürgernähe und Sachorientierung. Uns verbindet die Überzeugung, dass sich die zukünftige Politik am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren muss. Darunter verstehen wir einen Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen sorgsam und sparsam sein; sowohl mit unserer Natur als auch mit den Finanzen der Stadt. Im Interesse der Generationen, die nach uns in dieser Stadt leben werden.

Eines unserer Kernziele für die kommenden fünf Jahre ist es, die Wirksamkeit von **Bürgerbeteiligung** zu erhöhen: durch mehr Transparenz und durch verbindliche Regeln, die eine bessere Mitgestaltung und mehr Verantwortung der Bürger*innen ermöglichen. Wir wollen die Kompetenzen, die Kreativität und die Motivation der Bürger*innen nutzen.

Als Wählerinitiative, die das Ökologisch im Namen trägt, sehen wir einen erheblichen Nachholbedarf. Vor allem, wenn es gilt, **nachhaltige Ziele bei der Stadtentwicklung**, dem Klimaschutz und dem Natur- und Umweltschutz zu erreichen. Wir werden den **Klimaschutz** zu einer Hauptaufgabe kommunalen Handelns machen und damit einen ehrgeizigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Alle **Kinder in Königswinter** benötigen einen Platz in der Kindertagesstätte und der Schule, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Kinder sollten bei allen wichtigen Entscheidungen, die sie betreffen, mitwirken können. Bei uns haben sie etwas zu sagen.

In den kommenden Jahren werden wir **Mobilität** in Königswinter neu denken müssen. Die Förderung des Radverkehrs ist für uns unverzichtbarer Bestandteil einer klimaverträglichen Mobilitätspolitik. Eine Verkehrswende mit einer echten Alternative zum motorisierten Individualverkehr kann dabei nur durch ein vernetztes Mobilitätsmanagement erreicht werden.

Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass die **digitale Infrastruktur in Königswinter** in einzelnen Ortsteilen meilenweit hinter der erforderlichen Entwicklung herhinkt. Dabei ist der digitale Anschluss für kommunal, national und international agierende Kleinbetriebe, die mittelständische Wirtschaft und Großbetriebe eine notwendige Bedingung, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

Das sind nur sechs Themenfelder, denen wir uns als Querschnittsaufgaben im kommenden Rat verstärkt annehmen werden. In unserem Kommunalwahlprogramm, das wir am 18. Juni 2020 verabschiedet haben, werden Sie eine Vielzahl an konkreten Vorschlägen und Ideen für Königswinter finden. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen diese Ideen zu diskutieren und werben um Ihre Unterstützung.

Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der Königswinterer Wählerinitiative, werben um Ihre Stimme. Mit Ihnen gemeinsam können wir die Weichen in unserer Stadt künftig in eine ökologische und soziale Richtung stellen.

**Unterstützen Sie den Politikwechsel –
unterstützen Sie uns am 13. September mit Ihrer Stimme.**

Ihre
Lutz Wagner, Birgit Kampa und Florian Striewe

Für die Kandidatinnen und Kandidaten der Königswinterer Wählerinitiative (KöWI)

Es geht um Inhalte

Königswinter braucht mehr Bürgerbeteiligung	1
Stadtentwicklung	3
Nachhaltig: umweltfreundlich und sozial gerecht	3
Flächenschonend	4
Die Altstadt zügig weiterentwickeln	5
Keine weitere Versiegelung des Rheinufer	6
Die Ortsentwicklung Oberpleis geht in die nächste Runde	7
Baulandgewinne sollen auch der Allgemeinheit nutzen	7
Klimaschutz	9
Ein klimaneutrales Königswinter ist unser Ziel	9
Ziel der Klimaneutralität deutlich früher anstreben	9
Mobilstationen stärken den Umweltverbund	11
Müllvermeidung	12
Natur und Umwelt	14
Wertvolle Naturräume erhalten und entwickeln	14
Mobilität mit Zukunft	16
E-Mobilität als Chance nutzen	16
Tempo 30 im Einvernehmen mit den Betroffenen ausbauen	16
ÖPNV stärken	17
Den Radverkehr fördern. Den Umstieg leichter machen	18
Intelligente Mobilitätskonzepte fördern	18
Finanzen und Haushalt	20
Solide Finanzen, starke Wirtschaft	20
Verantwortungsvolle Finanz- und Haushaltspolitik	20
Finanzen behutsam umsteuern	21
Unsere heimische Wirtschaft stärken	22
Digitalisierung dringend erwartet	22
Verwaltung und Bürgerservice	24

Eine moderne Verwaltung ist effizient und bürgerfreundlich.....	24
Digitalisierungsoffensive starten - Verwaltung 4.0	24
Braucht Königswinter ein neues Rathaus?	25
Die beste Betreuung und Bildung für alle Kinder.....	28
Kita-Plätze für alle Kinder	28
Grundschulstandorte stärken	29
Offene Ganztagschulen qualifizieren	30
Unsere weiterführenden Schulen unterstützen.....	31
Die Gesamtschule steht für Chancengleichheit	31
VHS: Bildung und Lernen ein Leben lang.....	34
Kinderrechte	35
Kinder und Jugendliche gestalten mit	35
Kindeswohl, Elternwohl und Gemeinwohl bedingen einander	36
Seniorinnen und Senioren	38
Im Alter selbstständig leben.....	38
Der demografische Wandel findet auch in Königswinter statt.....	38
Wohnen im Alter	39
Pflege zukunftsorientiert planen.....	39
Unabhängige Seniorenvertretung. Aktive Beteiligung stärken.....	40
Gleichstellung ist das Ziel	41
Kultur.....	43
Denkmalschutz	45
Tourismus	46
Sport und Freizeit	48
Vielfalt der Kulturen.....	51
Flucht und Migration	52
Geflüchtete finden Schutz und Förderung.....	52
Migration	53

Königswinter braucht mehr Bürgerbeteiligung

Es gibt Bürgeranhörungen, Einwohneranfragen, Bürgeranträge und Beschwerdemöglichkeiten nach der Gemeindeordnung und dem Baugesetzbuch. Daran teilzunehmen, ist oft mit Enttäuschungen verbunden, weil sich die Bürger nicht ernst genommen fühlen. Es geht darum, die Wirksamkeit von Bürgerbeteiligung zu erhöhen: durch mehr Transparenz und durch verbindliche Regeln, die eine bessere Mitgestaltung und mehr Verantwortung der Bürger ermöglichen. Wir wollen so auch die in den einzelnen Ortsteilen vorhandenen Kompetenzen, die Kreativität und die Motivation der Bürger*innen nutzen, ihren Ortsteil mitzugestalten. Durch eine solche frühzeitigere und intensivere Beteiligung gewinnen die Beteiligungsprozesse einerseits an Qualität, und andererseits erhöht sich durch ein Mehr an Transparenz auch die Akzeptanz für einmal getroffene Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

2019 haben wir einen Antrag in Verbindung mit einem konkreten Konzept in den Stadtrat eingebracht, der in seinen wichtigsten Punkten fast einstimmig beschlossen wurde. Danach will Königswinter weitergehende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, als sie die gesetzlichen Bestimmungen schon heute enthalten.

Darüber hinaus haben wir eine Stabsstelle für Bürgerbeteiligung gefordert, um die Beteiligungsprozesse zu begleiten und zu koordinieren und den Fachämtern zur Seite zu stehen.

Aufgrund dieser Initiative wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Vertreter von Politik und Verwaltung die bisherigen Erfahrungen der Städte und Gemeinden mit den neuen Wegen einer Beteiligung der Bürger an kommunalen Planungen und Entscheidungen auswerten. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Konkret fordern wir:

- Einrichtung einer Lenkungsgruppe „Bürgerbeteiligung“, bestehend aus Bürgern, Verwaltung und Politik
- Einrichtung einer Stabsstelle, die auch Ansprechpartner für Anliegen der Bürger*innen sein soll (Querschnittsfunktion)
- Integration vorhandener Konzepte und Initiativen wie die „Engagierte Stadt“ in den Prozess

- Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Vorhabenliste als zentraler Bestandteil der Bürgerbeteiligung. Sie beinhaltet alle Handlungsfelder, für die die Kommune zuständig ist.
- Bürgerbeteiligung als eigenes Thema auf der Website der Stadt. Unter dem Button „Bürgerbeteiligung“ werden alle gegenwärtigen und bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten aufgeführt, also alle Bürgeranträge, Einwohneranträge und -anfragen, Ergebnisse von Bürgerwerkstätten, Anhörungen, Beteiligungen im Baurecht etc.
- Einrichtung einer interaktiven Online-Beteiligung über die Website oder Social Media wie die Facebook-Seite der Stadt.

Stadtentwicklung

Nachhaltig: umweltfreundlich und sozial gerecht

In ihrer Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen 2015 nachhaltige Entwicklungsziele verabschiedet, die als Handlungs- und Orientierungsrahmen gleichermaßen für alle Staaten gelten. Umweltbezogene, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeitsziele sollen gleichwertig als ganzheitlicher Ansatz umgesetzt werden. Für das Erreichen dieser Ziele kommt insbesondere den Kommunen eine bedeutsame Rolle zu. Wir, die Königswinterer Wählerinitiative, unterstützen diese Ziele, indem wir sie in unser Kommunalpolitisches Programm für die kommenden fünf Jahre aufnehmen.

Was bedeutet das konkret für unsere Stadt?

Städte und Siedlungen sollen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestaltet werden. Dieses beinhaltet, dass die Pro Kopf-Umweltbelastung gesenkt wird, sicherer Zugang zu öffentlichen Grünflächen und Räumen, ausreichend bezahlbarer Wohnraum und öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet werden. Aber auch die weiteren Entwicklungsziele wie Gesundheit und Bildung betreffen die kommunale Daseinsvorsorge.

Diese Ziele müssen in einer Zeit starker Veränderungen umgesetzt werden. Globale Herausforderungen wie der Klimaschutz, nachhaltiger Konsum, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit bestimmen auch die kommunalpolitische Agenda: Digitalisierung, Mobilität, Umweltpolitik, bezahlbarer Wohnraum und ganz besonders die Auswirkungen des Klimaschutzes erfordern schnellere und entschlossene Maßnahmen zum Schutz von Leben und Lebensgrundlagen.

Sofort erkennbar sind aber auch die sich teilweise widersprechenden Zielvorstellungen. Die Schaffung preiswerten Wohnraums wird sich beispielsweise keinesfalls nur im Bestand darstellen lassen. Zusätzlicher Wohnraum muss nach unseren Vorstellungen hauptsächlich im Innenbereich (Nachverdichtung vorhandener Bebauung, Schließung von Baulücken, Nutzung von Gewerbebrachen) erfolgen. Aber auch hier kommt es zum Konflikt durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die sehr genau abgewogen werden müssen.

Das ist die Aufgabe verantwortungsvoller Kommunalpolitik, und hier entscheidet sich auch ganz konkret, wie ernst es der Kommunalpolitik mit ökologischen und klimapolitischen Zielvorstellungen ist.

Flächenschonend

Königswinter erarbeitet derzeit ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK), mit dem alle planungsrelevanten Ziele und Maßnahmen für die nächsten 15-20 Jahre als Orientierungsrahmen für die Kommunalpolitik zusammengefasst werden sollen. Ein formuliertes Ziel ist das weitere Wachstum unserer Stadt auf bis zu 46.000 Einwohner (aktuell 43.078). Dementsprechend hat die Bezirksregierung für Königswinter einen Bedarf von rund 120 Hektar bis 2040 errechnet. Dem stehen im Siedlungsraum rund 80 Hektar Reserveflächen gegenüber (die allerdings nur zu einem Teil wirklich in den nächsten Jahren bebaut werden könnten).

Auch wir sehen die Notwendigkeit, dem demografischen Faktor Rechnung zu tragen und insbesondere jungen Familien ein neues Zuhause in unserer Stadt anzubieten. Dies darf aber aus unserer Sicht nur in Form eines sehr moderaten Wachstums erfolgen. Würden entgegen unseren Vorstellungen alle Wohnbau-Potenzialflächen im Stieldorfer Raum und in Oberpleis, die außerhalb der heutigen Siedlungsflächen liegen, bebaut werden, könnte dies mit den Nachhaltigkeitszielen nicht in Einklang gebracht werden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein:

- ressourcenschonender Umgang mit Flächen und Energie, d. h. beispielsweise Verzicht auf die Bebauung der Potenzialflächen Unter den Steinen und Hohnacker (nördlich Kapellenweg) und Reduzierung der Flächen zwischen Herresbach und Königswinterer Straße in Oberpleis
- moderates Wachstum der Bevölkerungszahlen
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten, differenzierten und qualitätsvollen Wohnbaulandangebotes
- Vorrang der Innenentwicklung und Nachverdichtung bei Erhaltung lebenswerter dörflicher Siedlungsstrukturen
- kompakte, ressourcenschonende Siedlungsstruktur
- Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus

- integriertes Mobilitätskonzept, in das der ÖPNV, das Radwegenetz und die Elektromobilität einbezogen werden, um den PKW-Verkehr zu verringern
- kurze Wege zum Einkaufen, zu öffentlichen Dienstleistungen, zu kulturellen Angeboten
- Wohnungsneubau vorrangig an Standorten mit ausgebauter Infrastruktur
- Erhaltung der Besonderheiten unserer Naturräume, insbesondere Erhalt und Weiterentwicklung großer, zusammenhängender Freiflächen
- Erhalt von klaren Abgrenzungen von Siedlung und Landschaft
- funktionale Durchmischung von neuen Wohngebieten (Verflechtung von Wohnen und Arbeiten sowie Versorgung und Freizeit)
- energetische Sanierung öffentlicher Gebäude
- Niedrigstenergie-Standard (Klimaneutralität) bei Neubauten
- Erhaltung offener, nicht versiegelter Böden und Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen, um Regenwasser versickern zu lassen
- Stadtnatur statt aufwendig zu pflegender Blumenrabatten, Straßenbegleitgrün statt kurzgeschorener Rasenflächen

Zur nachhaltigen Stadtentwicklung gehört eine Beteiligungskultur, die neue Wege geht, um Bürger*innen wirksam an den Planungen zu beteiligen (Siehe Kapitel Bürgerbeteiligung).

Die Altstadt zügig weiterentwickeln

In der Altstadt kommen Entwicklungsmaßnahmen nur zögerlich voran. Positive Veränderungen sind überwiegend durch private Initiativen und Investitionen entstanden. Nach wie vor prägen Leerstände und Niedrig-Preisangebote die Fußgängerzone.

Wir haben deshalb gefordert, die besonderen Aufgaben der Altstadtentwicklung durch die Schaffung eines Altstadtmanagers vorzuziehen, der sich gemeinsam mit der WWG um die Behebung der Leerstände, um stagnierende Baustellen wie das Café Europa und um die Belange der vorhandenen Geschäftsinhaber kümmert. Zahlreiche Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzepts können auch ohne Bundes- und Landesmittel umgesetzt werden. Der Altstadtmanager sollte zudem ein Netzwerk aufbauen, um in der Altstadt ein kontinuierliches, attraktives öffentliches Angebot zu machen, das die Aufenthalts- und Erlebnisqualität, vor allem auf dem

Marktplatz, verbessert. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger muss dabei sichergestellt werden.

Die Rheinpromenade als Glanzstück der Altstadt und kostbarer Naherholungsraum soll neugestaltet werden, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Die Promenade soll ein sicherer und entspannender Ort für alle Einwohner*innen und Gäste werden, ganz gleich ob zu Fuß oder mit dem Rad. Der Baumbestand, der die Rheinpromenade unverwechselbar macht, muss unbedingt erhalten werden. Die Verkehrsprobleme zu lösen, ist ein weiteres wichtiges Ziel eines bevorstehenden Planungswettbewerbs, an dem sich alle Bürger*innen beteiligen können.

Keine weitere Versiegelung des Rheinuferes

Seit Jahrzehnten diskutiert der Rat über eine mögliche Bebauung des sogenannten Sumpfweg-Geländes zwischen Arbeitnehmerzentrum und Niederdollendorf.

Verschiedene Gutachten belegen, dass es sich dabei um eine ökologisch wertvolle Rheinuferlandschaft handelt, die Reste einer typischen Auenlandschaft aufzeigt. Die sehr heterogenen Strukturen dieses über 300.000 qm großen Geländes haben es zu einem wichtigen Trittsteinbiotop für viele Tierarten, insbesondere für Vögel, gemacht, die es als Brutstätte, Nahrungsquelle und Schutzbereich nutzen.

Etwa 150.000 qm sollen mit etwa 150 Wohneinheiten verbaut werden. Durch die erhebliche Verringerung der Fläche verliert der gesamte Bereich erheblich an ökologischer Wertigkeit. Hinzu kommt die Hochwasserproblematik, die nur durch entsprechende technische Veränderungen aufgefangen werden kann.

Wir haben uns im vergangenen Jahr – einzelne Mitglieder unserer Fraktion bereits 2008 – intensiv für eine Aufhebung des Bebauungsplanes und eine Renaturierung der Fläche in Kooperation mit der Universität Bonn eingesetzt. Nach den gutachterlichen Stellungnahmen mehrerer Juristen wäre dies nach dem Baugesetzbuch entschädigungsfrei möglich gewesen. CDU und FDP haben dies gemeinsam mit den Grün-Alternativen verhindert. Diesen Fehler wollen wir rückgängig machen.

Die Ortsentwicklung Oberpleis geht in die nächste Runde

Seit langem wird eine attraktive Umgestaltung der Dorfmitte um den Kirchvorplatz gefordert. Nun liegt ein Konzept vor, das umgesetzt werden kann. Die Parkplätze sollen verschwinden. Nur für Kirchenbesucher werden einige wenige Parkplätze temporär vorgehalten. Zusätzlich müssen die Öffnungszeiten der Tiefgarage bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Der Bereich zwischen Kirche und westlicher Straßenseite muss möglichst als „Shared Space“-Fläche ausgewiesen werden (alle Verkehrsteilnehmer teilen sich den gesamten Raum). Die so entstehende Gesamtfläche muss einheitlich gestaltet sowie - bei geöffneter Kirchenmauer – durch den Kirchvorplatz großzügig ergänzt werden. So kann in der Mitte von Oberpleis ein Platz mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen.

Die Situation am Busbahnhof ist nach wie vor unbefriedigend. Ein barrierefreier Umbau, mehr Platz für Fahrgäste, die Schaffung einer Mobilstation und eine bessere Aufenthaltsqualität sind Ziele, die ohne eine Erweiterung der Fläche kaum umsetzbar sind.

Außerdem fordern wir, dass die Parkzeiten in der Tiefgarage mit den Geschäftszeiten und den Gottesdienstzeiten abgestimmt sind.

Baulandgewinne sollen auch der Allgemeinheit nutzen

CDU und FDP haben nach 30 Jahren endlich ihre Blockadepolitik gegen die Einführung eines Baulandmodells in Königswinter beendet. Zukünftig müssen sich die Eigentümer größerer Flächen ab 20 Wohneinheiten verpflichten, 30% der geplanten Kapazitäten vergünstigt für öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Zudem müssen sie alle Kosten für die Herstellung von Anlagen der sozialen und sonstigen Infrastruktur, soweit diese der Planung zuzuordnen ist, übernehmen. In der Vergangenheit wurde hier auf Mittel im siebenstelligen Bereich verzichtet, die Kosten wurden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Dafür tragen CDU und FDP die Verantwortung.

Jetzt gilt es, dieses städtebauliche Instrument konsequent zu nutzen.

Das haben wir damit erreicht

- Bereitstellung von zusätzlichen Baugrundstücken für den öffentlich geförderten Wohnungsbau
- Erleichterung des Zugangs zum Boden- und Wohnungsmarkt für weite Kreise der Bevölkerung
- Refinanzierung der Planungskosten (einschließlich Personalkosten der Verwaltung)
- Refinanzierung der Folgekosten für technische und soziale Infrastruktur
- Eindämmung der Bodenspekulation und „Dämpfung“ des Preisniveaus
- Steuerung der Stadtentwicklung hinsichtlich Standort, ökologischer und gestalterischer Qualitäten.

Klimaschutz

Ein klimaneutrales Königswinter ist unser Ziel

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die praktisch alle Bereiche einer Kommune betrifft (also Stadtentwicklung in Neubaugebieten, aber auch Innenentwicklung und Nachverdichtung, Gebäudemanagement, Baubetrieb, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Beschaffungswesen der Stadtverwaltung usw.).

2019 hat der Stadtrat beschlossen, auf der Basis des vorhandenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt und des Masterplans Energiewende des Rhein-Sieg-Kreises einen Maßnahmenplan „Klimaneutrales Königswinter 2050“ zu erarbeiten. Dieser wurde von einer interfraktionellen ‚Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit‘ entworfen, für deren Einrichtung wir uns maßgeblich eingesetzt haben. Zur weiteren Konkretisierung haben wir beantragt, auf der Basis von Potenzialanalysen mittelfristige Ziele bis 2030 zu formulieren. Anhand dieser Datenbasis sollen die Potenziale für den Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeffizienz und Energieeinsparung dargestellt werden.

Ziel der Klimaneutralität deutlich früher anstreben

Mit dem gewonnenen Datenmaterial müssen Maßnahmen entsprechend ihres Beitrags zur CO₂-Reduktion gewichtet und ein konkreter Maßnahmenplan für das langfristige Ziel der Klimaneutralität entwickelt werden. Wir Köwis werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieses Ziel deutlich vor 2050 liegen wird. Eine Konkretisierung, ob dies - wie es beispielsweise die Stadt Münster beschlossen hat - bereits 2035 oder doch ein paar Jahre später sein wird, ist seriös nur auf dieser Datengrundlage abschätzbar. Grundsätzlich sehen wir aber alle Kommunen in der Pflicht, Klimaschutz zu einer Hauptaufgabe kommunalen Handelns zu machen und damit einen ambitionierten Beitrag zum Klimaschutz generell zu leisten.

Dass dieser Beitrag, wie auch auf allen anderen öffentlichen Ebenen, in Ergänzung zum privaten Handeln dringend notwendig ist, zeigen die erschreckenden Anzeichen eines sich beschleunigenden Klimawandels.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten einer Kommune werden wir auch auf eine klimaschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und des Waldes hinwirken sowie den Tierschutz stärker betonen.

Letztlich müssen alle wichtigen Entscheidungen der Stadt bezüglich ihrer Klimarelevanz bewertet werden.

Konkret fordern wir:

- Eine mittelfristige Zielsetzung bis 2030 für die Reduktion der CO₂-Emissionen in der Stadt Königswinter muss mit klaren Vorgaben für die einzelnen Emissionsbereiche einhergehen.
- Das langfristige Ziel der Klimaneutralität muss auf einen Zeitraum deutlich *vor* 2050 angepasst werden.
- Im Vorfeld muss in Form von Potenzialanalysen definiert werden, welche dieser Bereiche welchen Beitrag zur Einsparung leisten können.
- Hierbei muss die Stelle eines/einer Klimaschutz- und Nachhaltigkeits- sowie Mobilitätsmanager/in geschaffen werden.
- In den einzelnen Ortsteilen sollen „integrierte Quartierskonzepte“ entwickelt werden, um die speziellen Bedürfnisse von Tal- und Bergbereich mit ihren verschiedenen Ortschaften angemessen zu berücksichtigen.
- Königswinter muss darüber hinaus auf der Basis regionaler Pläne eine lokale Klimaanpassungsstrategie entwickeln.

37 Prozent unseres CO₂-Ausstoßes erzeugen wir, indem wir wohnen, also heizen, duschen, waschen, kochen, fernsehen, im Internet surfen, ...

Auch wenn eine Stadt hierauf keinen direkten Einfluss hat, so kann sie doch durch diverse Vorgaben zur ökologischen Bauweise bei neuen Baugebieten, wie beispielsweise Energiestandards, Energieversorgung, Dichte der Bebauung, Baumaterialien, Begrünungskonzepte, Ausrichtung der Gebäude, Einfluss nehmen. In einem „städtebaulichen Vertrag“ mit den Grundstückseigentümern lassen sich insbesondere inhaltliche Vereinbarungen z. B. zur Energieversorgung festlegen. Da der energetische Standard vieler Bestandsgebäude noch auf dem Stand ihrer Entstehungszeit ist, liegt hier das größte CO₂-Einsparpotenzial. Die Stadt Königswinter sollte dafür sorgen, dass die Energieagentur Rhein-Sieg e.V. weiter ausgebaut wird, damit so viele Hausbesitzer wie möglich fachlich substantiell beraten werden können, um ihre Häuser energetisch nachzurüsten.

Dabei müssen die Stadtverwaltung und die Gesellschaften mit städtischer Beteiligung (wie die Wirtschaftsförderungs- und Wohnungsbaugesellschaft [WWG]) bei allen diesen Maßnahmen mit bestem Beispiel vorangehen, um klimaneutral zu werden.

Mobilstationen stärken den Umweltverbund

14 Prozent des CO₂-Ausstoßes entstehen dadurch, dass wir uns in Fahrzeugen bewegen, die durch fossile Brennstoffe angetrieben werden. Elektromobilität aus regenerativem Strom ist daher derzeit die richtige Alternative, aber die Infrastruktur lässt noch zu wünschen übrig. Auf lokaler Ebene fordern wir in Königswinter eine flächendeckende Ladeinfrastruktur und unterstützen die Einrichtung von Mobilstationen. Es ist wichtig, dass bei der Neuanschaffung für städtische Fahrzeuge nicht nur auf den Preis, sondern auch auf den Antrieb geachtet wird. In diesem Sinne soll der kleine vorhandene E-Auto-Fuhrpark sukzessive weiter ausgebaut werden.

Die Kommune muss darüber hinaus in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis für ein gutes ÖPNV-Angebot sorgen. Insbesondere dank der Förderung durch Bundesmittel konnten hier in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen erzielt werden. Diese gilt es bedarfsgerecht weiter auszubauen.

Sammeltaxis, Bürgerbusse oder die Etablierung von mehr Mitfahrmöglichkeiten (z.B. durch Mitfahrerbänke da, wo es keinen ÖPNV gibt) sind vor allem in den Berggemeinden angesagt.

40 Prozent aller Wege mit dem Auto sind unter fünf Kilometer kurz, 20 Prozent sogar unter einem Kilometer. Deshalb muss die Stadt Königswinter das Fahrradfahren durch ein verbundenes Radwegenetz, sicherere Kreuzungen und weitere überdachte Abstellanlagen in Ergänzung zu den Mobilstationen und Vermietsystemen fördern. Denn Fahrradfahren ist definitiv eine der angenehmsten Arten, das Klima zu schützen.

Für den Fahrradverkehr sind die Mobilstationen ein wichtiger Pfeiler innerhalb der Weiterentwicklung des Infrastrukturangebotes, zudem wird damit der Umweltverbund Bus, Schiene, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen deutlich gestärkt.

Neben dem Radverkehrswegekonzept ist das Fußwegeverkehrskonzept eine notwendige Aufgabe für eine engagierte Kommune. Eine Infrastruktur der kurzen Wege sollte in den Ortsteilen geschaffen werden. Wochenmärkte müssen dezentral abgehalten werden, so dass sie von überall leicht erreichbar sind. Durch unsere Initiativen mit sehr konkreten Maßnahmen wollen wir die Schulwegsicherheit weiter erhöhen und durch sicherere Fußwege setzen eine wirkliche Alternative zum PKW-Verkehr.

Auch wenn Königswinter vom Klimawandel erfreulicherweise nicht so stark betroffen sein wird wie andere Kommunen, so besteht doch beispielsweise ein recht hohes Sturzflutgefährdungspotenzial nach Starkregenereignissen.

Wir setzen uns im Rahmen einer Klima-Anpassungsstrategie für eine wassersensible Umgestaltung von Siedlungsstrukturen ein, um die Hangabflüsse durch Aufwallungen, Schutzmauern oder Gräben abzuleiten. Überdies muss die Kanalisation vor übergroßen Wassermengen bewahrt werden, was beispielsweise durch eine konsequente Renaturierung von Fließgewässern im Siedlungsbestand geschehen kann.

Die Altstadt von Königswinter gilt besonders am Rhein als „thermisch hoch belastete Siedlung“, das heißt: Hitze ist hier besonders stark spürbar. Damit verbinden sich angesichts des Klimawandels gesundheitliche Risiken und Einbußen in der Lebensqualität.

Wir fordern also, klimaaktive Grünflächen zur Kühlung und Durchlüftung in der Altstadt zu erhalten oder zu schaffen und auf Verschattung von Straßen und Bürgersteigen zu achten, indem Bäume erhalten bzw. - wo nötig – schnell und großzügig (nach)gepflanzt werden.

Müllvermeidung

Zum Klimaschutz gehört auch die Verringerung des Abfalls, vor allem des Plastikverbrauchs. Die Köwis setzen sich deshalb dafür ein, dass die Stadt in der Rhein-Sieg-Abfall-Gesellschaft auf verursachergerechtere Müllgebühren hinwirkt. Wer wenig Abfall verbraucht, sollte auch weniger Gebühren bezahlen. Im Gegenzug sollte die Nutzung zusätzlicher Tonnen verteuert werden.

Um den Plastikverbrauch zu verringern, sollten die Beschaffungen der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften möglichst ohne Plastik auskommen. Der Einsatz von

Kunststoffgranulat auf Sportplätzen muss ein Ende haben. Hier gilt es alternative Möglichkeiten zu nutzen.

Mit der angestrebten Verringerung des PKW-Verkehrs entsteht auch weniger Reifenabrieb. Dieser macht rund ein Drittel der Gesamtbelastung durch Mikroplastik aus.

Natur und Umwelt

Wertvolle Naturräume erhalten und entwickeln

Königswinter besitzt über das Siebengebirge hinaus zahlreiche herausragende Landschaftsbestandteile und wertvolle Naturräume, die für die Stadt und ihre weitere Entwicklung von grundlegender Bedeutung sind. Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt schätzen die Lebensqualität, die ihnen diese Umgebung bietet. Diese Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die unwiederbringliche Eigenart naturnaher Landschaften schützen wir aus Respekt vor ihrem Eigenwert, aber auch weil eine intakte Umwelt für uns Menschen als Teil dieser Ökosysteme einen nicht in Zahlen messbaren Wert hat. Dazu trägt das neu eingerichtete Ökokonto bei, das auf eine langjährige Forderung der Köwis zurückgeht.

Das Naturschutzgebiet bietet aber auch vielen Besuchern aus den umliegenden Kommunen hervorragende Möglichkeiten, sich zu erholen, Natur zu erfahren oder Sport zu treiben.

Der Rhein und sein Ufer- und Auengebiet sind ein zentraler Naturraum, den es zu erhalten gilt. Auenlandschaften wie der Sumpfweg, sind nicht nur ein Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten, sondern dienen auch als wichtiger Puffer bei Hochwasser. Daher lehnen wir eine zunehmende versiegelnde Bebauung der letzten freien Rheinauen-Flächen ab. Dort wo Fehler der CDU und FDP über Jahrzehnte einen Rechtsrahmen geschaffen haben, werden wir die Situation, dass der damalige Bebauungsplan unwirksam geworden ist, nutzen, um für den Erhalt der Rheinaue zu kämpfen.

Königswinter verfügt außerdem in den Ortsteilen über zahlreiche Grünflächen, die viel zu oft immer noch aus kurzgeschorenem Rasen und Bodendeckern bestehen. Auch das Straßenbegleitgrün ist innerhalb der Ortsteile ebenfalls zu häufig eher unter dekorativen Gesichtspunkten gestaltet worden.

Aus dem Wissen heraus, dass auch kleine innerstädtische grünen Inseln ihre wichtigen Beiträge für die Artenvielfalt, Kühlung, Regenwasserrückhalt, Lärminderung und die Bindung von Schadstoffen leisten, wollen wir diese Bereiche sukzessive entsprechend ihrer funktionellen Möglichkeiten naturnah aufwerten.

Die ökologische Leistung von städtischen Naturräumen wird häufig unterschätzt. Aber eine grüne Infrastruktur hat für das Ökosystem Stadt einen vergleichbaren Wert wie eine technische und soziale Infrastruktur.

Konkret bedeutet das:

- Erhalt und Weiterentwicklung des Naturschutzgebietes Siebengebirge und seiner ökologisch wertvollen Randbereiche
- keine Bebauung des Sumpfwegs-Süd am Rhein, sondern ökologische Aufwertung der Flächen als Trittstein-Biotop
- Pflege und ökologische Aufwertung der naturschutzfachlich wertbestimmenden Flächen (ehemalige Steinbrüche, Weinbergsbrachen etc.)
- Ersatzpflanzungen für die im Auftrag der Stadt abgeholzten Bäume müssen nachgewiesen werden.
- naturnahe Aufwertung der vorhandenen Grünflächen innerhalb der Ortsteile
- Bepflanzung von Außenflächen vornehmlich mit einheimischen Stauden, Sträuchern und Bäumen, die möglichst vielen Tierarten ein umfangreiches Nahrungsangebot bieten können.
- Ersatz der arbeitsintensiven Wechselbepflanzungen am Rhein durch öffentliche interkulturelle Gärten nach dem Vorbild von Andernach, eventuell in Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Verkehrsverein und dem NABU
- Unterstützung der Umweltbildung in Kindergärten, Schulen und der Volkshochschule, um die Akzeptanz für den Naturschutz zu stärken.
- triste Parkflächen sollten durch eine naturnahe Bepflanzung, z.B. beim Von Boltens Stern-Platz in der Altstadt, umgestaltet werden.
- eine naturnahe Gestaltung als wichtiges Auswahlkriterium und Gestaltungsrahmen für die Neugestaltung der Rheinpromenade in der Altstadt und in Niederdollendorf
- Erhaltung und Rekultivierung der Streuobstwiesen

Mobilität mit Zukunft

Ländliche Regionen wie der Bergbereich der Stadt Königswinter sind aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen meist relativ einseitig auf den Individualverkehr ausgerichtet. Während die Autonutzung in den Großstädten zurückgeht, bleibt sie auf dem Land konstant bei 70 %. Das Ergebnis: Staus an den Hauptverkehrswegen in Königswinter, Belastung der Anwohner*innen durch Lärm und gesundheitsschädliche Abgase. Die Fixierung auf den motorisierten Individualverkehr hat auch darüber hinaus die Entwicklung der Ortsteile geprägt. Es fehlen immer noch zu viele Radwegeverbindungen zwischen den Ortsteilen und ins Umland, und viele Ortsteile um die zentralen Versorgungsbereiche herum sind auch noch nicht ausreichend an den ÖPNV angebunden.

Dennoch: Königswinter erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Menschen leben gerne in dieser Stadt, arbeiten hier oder pendeln in die angrenzenden Nachbarkommunen und Oberzentren am Rhein. Um ein fortgesetztes Verkehrswachstum im Siebengebirgsraum zu vermeiden, werden wir uns auch in Zukunft nachdrücklich für eine äußerst zurückhaltende Bebauungspolitik einsetzen. Denn fast jede neue Bebauung im Bergbereich unserer Stadt erzeugt neuen Verkehr, der die Straßen ins Tal und *im* Tal zusätzlich belastet. Wir fordern dazu eine integrative Planungs- und Verkehrspolitik, die Arbeiten, Wohnen, Einkaufen und Freizeitgestaltung - wo möglich - enger miteinander verknüpft. So können unnötiger Autoverkehr vermindert und die entsprechenden Belastungen verringert werden.

E-Mobilität als Chance nutzen

Die rasant wachsende E-Mobilität eröffnet neue Chancen für Berg-/Talverbindungen, die es aktiv konzeptionell zu gestalten und zu fördern gilt. Dafür muss allerdings auch die Ladestruktur für E-Bikes flächendeckend ausgebaut werden.

Tempo 30 im Einvernehmen mit den Betroffenen ausbauen

Wir setzen uns für eine konsequente Ausweitung von Temporeduzierungen in den Ortsteilen ein. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen. Verkehrsberuhigte innerörtliche Bereiche sind auch ein

Beitrag zu mehr Lebensqualität. Anträge aus der Bürgerschaft für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen finden deshalb grundsätzlich unsere Unterstützung. Vor der Ausweisung von Tempo 30-Zonen oder anderweitigen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sollten die entsprechenden Planungen im Rahmen einer Bürgeranhörung vorgestellt werden und möglichst im Einvernehmen mit den Bürger*innen der betroffenen Wohngebiete erfolgen.

ÖPNV stärken

Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel fällt häufig schwer. Auch im Interesse einer nachhaltigen, klimafreundlichen Mobilität muss der Anteil des PKW-Individualverkehrs durch einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes, aber auch durch die Möglichkeit der Kombination verschiedener Verkehrsträger deutlich verringert werden. Dafür können die geplanten Mobilstationen einen wichtigen Beitrag leisten.

Im Einzelnen heißt das für Königswinter:

- bedarfsgerechter weiterer Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
- weitere Optimierung des Busverkehrsangebotes, beispielsweise mit Schnellbuslinien und einem weiteren Ausbau der Nachtbusangebote
- zügige Einrichtung der geplanten Mobilstationen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten (mit Fahrradabstellmöglichkeiten, E-Ladestellen etc.)
- mehr Park-and-Ride-Plätze und Mitfahrer-Parkplätze in der Nähe der ÖPNV-Haltestellen
- Förderung von On-demand-Verkehren (Anruf-Sammel-Taxi) durch digitale Vernetzung
- mehr Mitfahrerbänke in den Ortsteilen, die vom ÖPNV nicht erreicht werden können; damit dies überhaupt eine Alternative zur Reduzierung des PKW-Verkehrs werden kann, muss hierfür zunächst ein Konzept entwickelt werden
- Ausweitung des Angebotes von ehrenamtlich betriebenen Bürgerbussen
- barrierefreier Zugang zu allen Bussen und Bahnen
- barrierefreier Umbau der DB-Bahnhöfe in der Altstadt und in Niederdollendorf
- verstärkte Verkehrserziehung der Kinder zur selbstständigen Nutzung des ÖPNVs und des Fahrrads

- Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Angebotes für alle Schüler*innen in Königswinter.

Den Radverkehr fördern. Den Umstieg leichter machen

Die Förderung des Radverkehrs ist für uns unverzichtbarer Bestandteil einer klimaverträglichen Mobilitätspolitik. Er bringt Gesundheitsvorteile, spart Treibhausgase und bedeutet damit einen aktiven Schutz unseres Klimas. Deshalb muss das Fahrrad als Verkehrsmittel in der kommunalen Planung mehr als bisher berücksichtigt werden.

Konkret fordern wir:

- die vorhandenen Lücken im Radwegenetz in den nächsten Jahren sukzessive zu schließen
- dabei besonders die Radwege am Rhein entlang und die Radwege zwischen Berg und Tal aktuell in den Blick zu nehmen. Auch die Lückenschlüsse der Radwege aus Vinxel Richtung Bonn, Stieldorf nach Birlinghoven oder von Eudenbach nach Buchholz müssen weiter verfolgt werden.
- Bestehende Radwege in Abstimmung mit den Nachbarkommunen auf Schwachstellen zu überprüfen und im Bedarfsfall auszubauen
- im Talbereich an zentralen Umsteigepunkten (DB Bahnhöfe Altstadt und Niederdollendorf, Haltestellen der Linie 66 Longenburg und Oberdollendorf) weitere witterungs- und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten (Radstationen) zu schaffen.
- Die Mitnahme von Fahrrädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln in ausreichendem Maße und verlässlich zu gestalten. Dies wird die Verknüpfung von ÖPNV und Fahrradverkehr entscheidend verbessern.
- Die Stellplatzsatzung zugunsten von Fahrradstellplätzen und zu Lasten der PKW-Stellplätze zu verändern.
- Die bestehenden Routen als Radschnellwege für Berufstätige sowie Schüler und Studenten auszubauen.

Intelligente Mobilitätskonzepte fördern

Menschen entscheiden nach ihren konkreten Bedürfnissen darüber, welche Verkehrsmittel sie nutzen und wie sie diese je nach Möglichkeit verknüpfen. Auf der

anderen Seite bewegen sich Menschen im gegebenen Raum und nutzen Angebote, die sie vorfinden.

Eine Verkehrswende mit einer echten Alternative zum motorisierten Individualverkehr kann aber nur durch ein vernetztes Mobilitätsmanagement erreicht werden. Deshalb fordern wir, dass ein übergreifendes Mobilitätskonzept mit den benachbarten Städten und Kreisen, den Nahverkehrsunternehmen und den Firmen, die Verkehr hervorrufen, entwickelt wird.

Dazu werden wir in Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis den Aufbau eines Fahrradverleihsystems und die Entwicklung weiterer Mobilstationen mit Nachdruck unterstützen und die richtigen und wichtigen Schlüsse der Analyse des Zweckverbands Nahverkehr Rheinland (NVR) umsetzen.

Gerade der Aufbau von Mobilstationen als Verknüpfungspunkte verschiedenster Verkehrsträger dürfte mit entsprechenden Ausstattungsmerkmalen (Fahrradboxen, E-Aufladestationen etc.) dem Ziel eines erleichterten Umstiegs näherkommen.

Auch der Aufbau eines Car-Sharing-Systems in Kooperation mit den Nachbarkommunen und dortigen Anbietern ist anzustoßen.

Um diese Aufgaben zu leisten, ist die AG „Radwegenetz“ in eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Mobilität“ zu integrieren, in der Politik, Verwaltung, Verbände und Bürger*innen mitarbeiten.

Finanzen und Haushalt

Solide Finanzen, starke Wirtschaft

Königswinter ist mit seiner Lage mitten im Siebengebirge und der Nähe zu den Oberzentren Bonn und Köln ein attraktiver Wohnstandort. Die Großunternehmen auf der Rheinschiene bieten vielen Menschen in der Region begehrte, zukunftssichere Arbeitsplätze und gute Karriereperspektiven. Aber auch die Unternehmen in unserer Stadt - egal ob eines der wenigen großen Betriebe, der stark aufgestellte Mittelstand mit Arbeitsplätzen im Handwerk, der Weinanbau im nördlichsten Teil des Mittelrheins, das Gastgewerbe oder die vielen grünen Arbeitgeber in der Bergregion – bieten den Menschen im Siebengebirge eine solide Existenzgrundlage. In Anbetracht des geringen Gewerbeflächenangebots gilt es, die vorhandenen Gewerbestandorte weiter zu entwickeln und, wo es möglich ist, zusätzliche Angebote für nichtstörendes Gewerbe im Innenbereich der Ortsteile zu schaffen. Die bestehenden Gewerbestandorte sukzessive umweltgerechter zu gestalten, ist ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Wirtschaftsförderung orientieren muss.

Verantwortungsvolle Finanz- und Haushaltspolitik

Grundlage für die Finanzierung von Infrastruktur, wie Bildung, Straßen, Soziales, Wohnen, Nahversorgung oder Freizeit, ist eine solide Haushaltsführung. Trotz einer kurzen Phase der Erholung und Konsolidierung, die sicherlich auch der Niedrigzinsphase zu verdanken war, ist die Haushaltsslage in der Stadt insgesamt weiter sehr angespannt. Die Mindereinnahmen und Aufwendungen, die im Zuge der Corona-Krise entstanden sind, belasten den Haushalt mit rund 9,4 Millionen Euro zusätzlich, wenn auch das Land den Kommunen mit bilanziellen Abschreibungsmöglichkeiten für alle dadurch verursachten Fehlbeträge weit entgegenkommt und Bund und Land die Hälfte der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer übernehmen wollen. Damit können die großen anstehenden Aufgaben (Neubau der Rettungswache in Oberpleis, des Hallenbads, Umbau der ehemaligen Paul-Moor-Schule in Oberpleis, Neubau von Kindergärten sowie Neubau eines Verwaltungsgebäudes beziehungsweise alternativ die umfangreiche Sanierung und Modernisierung der bestehenden Rathausstandorte) zwar finanziert werden, aber die Gesamtlage lässt darüber hinaus nicht mehr viel Spielraum.

Diese finanzielle Schieflage resultiert hauptsächlich aus strukturellen Problemen, die Königswinter mit den meisten Kommunen in Deutschland teilt und die eine Kommune höchstens ansatzweise selbst lösen kann. Gefordert sind hier vielmehr weiterhin der Bund und die Länder, die die kommunale Familie dringend entlasten müssen. Sonst droht zahlreichen weiteren Städten die Überschuldung. Die Kommunen brauchen eine finanzielle Mindestausstattung als absolute Untergrenze, um ein angemessenes Angebot an Leistungen für die Bürger*innen gewährleisten zu können.

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehören auch ausreichende Finanzmittel!

Finanzen behutsam umsteuern

Die Umsetzung des „Maßnahmenpakets Klimaschutz“ wird in den kommenden Haushaltsjahren den Haushalt in unserer Stadt ebenfalls erheblich belasten. Hier wird es immer wieder zu notwendigen Abwägungen zwischen dringend erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen und dem notwendigen Ziel des Haushaltsausgleichs kommen. Unterm Strich müssen diese finanziellen Mittel so eingesetzt werden, dass sie unsere Stadt finanziell fit für eine nachhaltige Zukunft machen.

Mittel- und langfristig müssen wir die Verschuldung der Stadt verringern, nicht nur, um Einschränkungen von Leistungen zu vermeiden, sondern auch um die Belastungen für künftige Generationen zu begrenzen. Dazu streben wir eine möglichst effiziente Leistungserbringung durch die Stadtverwaltung und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WWG) an.

Darüber hinaus sollten mit Blick auf vergleichbar große Kommunen, die schuldenfrei sind und Überschüsse erwirtschaften, zukunftssträchtige Konzepte entwickelt werden, die höhere Einnahmen gewährleisten und die Haushaltssituation nachhaltig verbessern.

Bedenklich ist der erhebliche Sanierungsstau in den öffentlichen Gebäuden unserer Stadt. Hauptgrund für ausbleibende Maßnahmen, die städtischen Gebäude und Straßen auch nur im notwendigsten zu renovieren, ist die schwierige Haushaltssituation in den letzten Jahren. Jetzt ist Augenmaß gefragt. Denn ein weiteres Aufschieben von dringenden Sanierungsmaßnahmen führt eher zu einer Verteuerung der Maßnahmen.

Konkret fordern wir:

- dringende Entlastung von Königswinter durch Bund und Land, um eine finanzielle Mindestausstattung zu gewährleisten
- tabulose Prüfung aller Einsparmöglichkeiten
- konsequente Vermeidung von hoch risikobehafteten, teuren Projekten mit einer jahrzehntelangen Zahlungsbindung.

Unsere heimische Wirtschaft stärken

Wir treten für eine sinnvolle Ausrichtung des Einzelhandels in den einzelnen Ortsteilen, für eine attraktive Gestaltung der Einkaufsstraßen in den Ortszentren, für eine gute Infrastruktur für Unternehmen einschließlich weicher Standortfaktoren (u. a. Freizeitangebote, Spielplätze) ein.

Neben einer Nahversorgung in der Altstadt ist auch im Bergbereich außerhalb des Mittelzentrums Oberpleis eine möglichst fußläufige Versorgung für die Ortsteile Ittenbach und das Kirchspiel Stieldorf wichtig. Infrastruktur und Einzelhandelskonzept müssen fortwährend abgestimmt werden.

Außerdem sollten Wochenmärkte mit regionalen Angeboten in Dollendorf, in der Altstadt und in Eudenbach analog dem Erfolgsmodell in Vinxel und Heisterbacherrott zur attraktiven Ergänzung des bestehenden Versorgungsangebots gefördert werden. Dadurch können die fußläufige Nahversorgung im Ortsteil gestärkt und die Attraktivität des Ortes erhöht werden.

Digitalisierung dringend erwartet

Ein hochleistungsfähiges und flächendeckendes gigabitfähiges Breitbandnetz ist eine unabdingbare Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung. Die digitale Infrastruktur in Königswinter hinkt in einzelnen Ortsteilen meilenweit hinter den Erfordernissen her. Der Glasfaserausbau regelt sich bekanntlich am Markt. Rechnet sich aber eine Investition seitens der privaten Anbieter nicht, kommt der Ausbau nicht richtig voran. Deshalb sind auch immer noch zahlreiche Gewerbebetriebe nicht an das Glasfasernetz angeschlossen. Dies stellt einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Denn auch Königswinter befindet sich in einem anspruchsvollen Wettbewerb nationaler und internationaler digitaler Standorte.

Dabei ist der digitale Anschluss für kommunal, national und international agierende Kleinstbetriebe, die mittelständische Wirtschaft und Großbetriebe eine notwendige Bedingung und eine wirtschaftliche Standortsicherung.

Sollten sich die privaten Anbieter weiter aus dem Markt zurückziehen, sollen die sogenannten weißen Flecken mit schlechter Internetversorgung über ein Kooperationsangebot mit dem Kreis oder in Eigenleistung der Stadt ausgebaut werden.

Mit unserem Antrag zur Verwaltung der Zukunft (s. Kapitel Verwaltung und Bürgerservice) haben wir auch Vorschläge zur Umsetzung des digitalen Fortschritts in der Verwaltung eingefordert. Dieser soll für die Mitarbeiter*innen moderne Arbeitsumfelder (im Rathaus oder Zuhause) schaffen, technische Vorteile bringen, um Arbeitsprozesse effektiver zu gestalten und den Service für die Bürger*innen deutlich verbessern.

Konkret fordern wir:

- einen flächendeckenden zeitnahen, möglichst technisch hochwertigen Glasfaserausbau in allen Ortsteilen und allen Gewerbegebieten
- einen verbindlichen Zeitplan für den Glasfaserausbau
- die Unterstützung bei der Realisierung funktechnischer Insellösungen durch die Verwaltung für die Übergangszeit.

Verwaltung und Bürgerservice

Eine moderne Verwaltung ist effizient und bürgerfreundlich

Die moderne Verwaltung einer Kommune wie Königswinter hat die Aufgabe, die ihr übertragenen staatlichen Aufgaben effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität zu erfüllen.

Die veränderte Kommunikation der Bürger*innen und die Digitalisierung der Arbeitswelt stellen die Verwaltungsstrukturen vor Herausforderungen ganz unterschiedlicher Art. Sie müssen mit den technischen Neuerungen der digitalen Arbeitswelt ebenso Schritt halten wie auf das veränderte Kommunikationsverhalten der Bürger*innen und die Erwartungen der Wirtschaft eingehen. Die Verwaltung muss weiterhin die demographischen Herausforderungen und die finanziellen Rahmenbedingungen in Einklang bringen, wenn sie eine vorausschauende, langfristig tragbare Gesamtperspektive für alle Stadtbezirke schaffen will. Je moderner die kommunale Verwaltung ist, desto leistungsfähiger kann sie auf gesellschaftliche Veränderung reagieren und sie aktiv mitgestalten. Zu einer modernen Verwaltung gehört ein effizientes Arbeitsumfeld mit der dazu notwendigen technischen und räumlichen Ausstattung ebenso wie gut ausgebildete, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter*innen.

Digitalisierungsoffensive starten – Verwaltung 4.0

Die Digitalisierung der Verwaltung einschließlich der damit einhergehenden Dienstleistungen für Bürger*innen und die Unternehmen vor Ort findet in Königswinter nicht statt.

Landläufig als E-Government bezeichnet, müssen kommunale Portale die Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Wirtschaftsförderung im Blick haben. Eine digitale Verwaltung ist demnach mehr als die digitale Summe bisheriger Leistungen. Sie dient nicht dem Selbstzweck, sondern muss zu einer spürbaren Entlastung auf allen Seiten führen. Beispielsweise könnten Bürger*innen und Unternehmen erforderliche Daten, die in Verwaltungsverfahren benötigt werden, nur einmal mitteilen müssen („once-only-Prinzip“).

Trotz des Grundsatzes eines „digitalen Vorrangs“ und der wachsenden Nachfrage nach digitalen Verwaltungsleistungen muss das persönliche Gespräch mit den Bürger*innen als Alternative zum digitalen Zugang weiterhin erhalten bleiben.

Konkret fordern wir:

- eine deutliche Verbesserung des digitalen Bürgerservices in den Rathäusern
- einen weiteren Ausbau der mobilen Arbeit (Telearbeit und sog. Home-Office) und den damit verbundenen Aufbau eines modernen IT-Netzes für die Mitarbeiter*innen der Stadt Königswinter
- die Bereitstellung der technischen und personellen Infrastruktur, die diesen Übergang in eine bürgerfreundliche, effiziente Verwaltung ermöglicht.

Braucht Königswinter ein neues Rathaus?

Die Diskussion über das Für und Wider einer Zentralisierung der drei Verwaltungsstandorte (Altstadt, Thomasberg, Oberpleis) an *einem* Ort (neues Rathaus) begleitet Rat und Stadtspitze seit 15 Jahren. Drängendes Problem: Der Sanierungs- und Modernisierungstau an den „Altstandorten“ ist enorm. Diese Situation hat u. a. zur Folge, dass das Arbeitsumfeld (Büros, technische Ausstattung) den Anforderungen an eine moderne Verwaltung und einen attraktiven Arbeitsplatz längst nicht mehr entspricht.

Als Köwis haben wir uns seit Anbeginn der Diskussionen dafür eingesetzt, eine moderne und effiziente Verwaltung für die Bürger*innen mit einem hohen Grad an Service- und Dienstleistungscharakter mit der Attraktivität und den Anforderungen an heutige Verwaltungen und ihre Mitarbeiter*innen zu verbinden.

Entscheidung auf solide Grundlage stellen

Ende 2017 legte die Verwaltung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Projekt „Zentrales Verwaltungsgebäude“ auf den Tisch. Dabei wurden die zukünftigen Kosten bei weiterer Nutzung der drei vorhandenen und sanierungsbedürftigen Standorte mit den Kosten eines neu zu errichtenden zentralen Verwaltungsgebäudes verglichen. Ergebnis: Auf sehr lange Sicht (Abschreibung über 30 Jahre) landeten beide Varianten bei einem fast identischen Wert. Nicht überraschend war das Ergebnis zugunsten der Neubauvariante, wenn man den Restbuchwert einbezieht, also berücksichtigt, dass ein Neubau einen größeren Wert hat als drei Altbauten. Soweit die Zahlen. Was fehlte? Der Blick in die Zukunft. Die Köwis haben deshalb eine vorherige Untersuchung gefordert, die der Stadtrat einstimmig beschlossen hat. Dazu wurde die Fraunhofer-Gesellschaft beauftragt.

Dabei geht es u.a. um folgende Fragen:

- Welche Kernaufgaben muss eine Verwaltung der Zukunft abbilden?
- Wie werden zukünftig die Arbeitsprozesse einer modernen Verwaltung aussehen, wie werden diese gesteuert?
- Welche technischen und räumlichen Kapazitäten sind dafür notwendig? Welchen Anforderungen muss das Arbeitsumfeld der Verwaltungsmitarbeiter*innen gerecht werden?
- Wie kann die moderne Verwaltung den Anforderungen der Bürger*innen entsprechen? Welchen Service muss sie dafür zu leisten bereit und imstande sein?
- Wie soll der Ort, der die Verwaltung der Zukunft repräsentiert, künftig aussehen?

Mit einem konkreten Punktekatalog konnten wir uns im Herbst 2018 durchsetzen und die weiteren Schritte, unabhängig von einer Standortbetrachtung, mit externer Begleitung und Beratung professionalisieren.

Entscheidend war und ist für uns, vor einer Entscheidungsfindung eine zielorientierte Analyse der technischen und organisatorischen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Verwaltungsarbeit durchzuführen. Diese Analyse sollte unter Beteiligung (Befragung) der Mitarbeiter*innen erfolgen und als Grundlage für ein Anforderungsprofil für das Raum- und Arbeitsumgebungskonzept eines zukünftigen Rathauses dienen.

Nun warten wir auf das Ergebnis der Untersuchungen. Zu den Haushaltsberatungen 2021 muss mit konkreten Finanzplanungen reagiert werden. Um dies nicht aus dem Auge zu verlieren, fordern wir, die Entscheidungsgrundlagen für eine der größten Weichenstellungen in unserer Stadt zeitnah vorzulegen.

Ziele, die wir in der weiteren Beurteilung und Entscheidung berücksichtigen werden:

- mehr Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit
- bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen und verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten untereinander
- flexible Nutzungsmöglichkeiten von Konferenz- und Veranstaltungsräumen auch für Bürgergruppen und Vereine
- Erfüllung gesetzlicher Anforderungen, z. B. Brandschutz, Barrierefreiheit etc.

- Modernität, wie Ausbau der IT-Struktur und Energieeffizienz
- Attraktivität der Architektur
- städtebauliche Bedeutung der vorhandenen Gebäude in der Altstadt und der beiden Verwaltungsstandorte in den Stadtteilen Oberpleis und Thomasberg hervorheben
- eine möglichst geringe Belastung des Haushalts, sowohl bei den investiven Ausgaben als auch beim Energieverbrauch.

Die beste Betreuung und Bildung für alle Kinder

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik hat für uns Köwis einen besonders hohen Stellenwert. Familienpolitik auf kommunaler Ebene bedeutet für uns vor allem, die Lebens- und Bildungsbedingungen für Kinder, Jugendliche und Eltern zu verbessern. Dazu gehören ausreichende und bezahlbare Betreuungs- und Bildungsangebote ebenso wie Spielplätze und Aufenthaltsbereiche für Jugendliche. Ein besonderes Augenmerk gilt den Kinderrechten und dem Kinderschutz. Diese hohe Priorität für Kinder und Jugendliche muss ausgebaut werden.

Kita-Plätze für alle Kinder

Kinder wollen sich aktiv, mit all ihren Sinnen und ihren gemachten Erfahrungen einbringen und sich zusammen mit anderen auf „Neues“ einlassen. Aus der Forschung wissen wir, dass nur mit Freude Erlerntes auch dauerhaft bleibt und in guter Bildung resultiert. Bildung gestaltet sich im Kindesalter als sozialer Prozess, an dem sich Kinder und Erwachsene aktiv beteiligen. Aber: Die vorschulische Betreuung (Kindertagesstätten oder Kindertagespflege) mit ihrem Bildungsauftrag ist für zu viele Kinder in unserer Stadt nicht gewährleistet. Es kann nicht hingenommen werden, dass viele Kinder keinen Kitaplatz in Königswinter bekommen. Um den Mangel an den noch fehlenden Betreuungsplätzen zu kompensieren, werden Gruppen überbelegt. Dieser Zustand verringert Bildungschancen, er strapaziert die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen und führt vielerorts zu einer Überbelastung. Daran muss sich dringend etwas ändern.

Aus diesem Grunde haben wir uns intensiv für den Aus- und Neubau weiterer Kitas eingesetzt. Mit dem Neubau am Hallenbad in der Altstadt, den geplanten Neubauten in Thomasberg und Vinxel sowie der Erweiterung in der ehemaligen Paul-Moor-Schule werden wir kurz- und mittelfristig dafür sorgen, dass der Betreuungsbedarf gedeckt, Gruppen aus der Überbelegung geholt und die Erzieher*innen entlastet werden.

Um zukünftig frühzeitiger und vorausschauender auf mögliche Bedarfe reagieren zu können, haben wir Köwis einen umfangreichen Antrag gestellt, der ein Geburten- und Betreuungsmonitoring vorsieht, welches regelmäßig aktualisiert und der Politik vorgestellt wird. Dadurch werden Betreuungsbedarfe in Kitas und Schule genauer und vor allem früher planbar.

Konkret fordern wir:

- zügiger Ausbau der Kitaplätze
- frühzeitige und bessere Planbarkeit bei Kitas und Schulen durch ein aktuelles Geburten-, Betreuungs- und Schülerzahlenmonitoring
- landesweite kostenlose Betreuung für die Kindertagespflege.

Grundschulstandorte stärken

Als gemeinsame Schule für alle Kinder lebt Grundschule die Vielfalt der Gesellschaft. Vielfältige individuelle Begabungen, unterschiedliche soziale und ethnische Herkunft sowie unterschiedliche religiöse und kulturelle Orientierungen machen sie zu einem der wichtigen Orte des Lernens. Gleichaltrige Kinder sind in ihrer Entwicklung unterschiedlich. Sie lernen unterschiedlich schnell, unterschiedlich viel und benötigen dafür unterschiedliche Lernwege und Lernstrategien. Dabei sind die jeweiligen Schwerpunkte und Herausforderungen an unseren Grundschulen sehr verschieden. Schulleitungen, Kollegien, Elternschaft und Träger der Offenen Ganztagschulen organisieren und prägen unsere sieben Grundschulen (Altstadt, Nieder- und Oberdollendorf, Heisterbacherrott, Stieldorf, Ittenbach, Oberpleis/Eudenbach) in besonderer Weise.

Nach dem Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Grundschulen fordern wir eine konsequente Umsetzung der Digitalisierung in Unterricht und Verwaltung. Dies kann nur durch eine zielgerichtete Ausstattung der Schulen mit der notwendigen Hard- und Software erfolgen. Dabei nimmt die Unterstützung der Schulen durch das Support-Team des Schulträgers in allen EDV-Fragen eine wichtige Rolle ein. Eine zeitnahe Betreuung und Nachschulung der Lehrer*innen muss gewährleistet sein.

Konkret fordern wir:

- frühzeitige und bessere Planbarkeit bei Kitas und Schulen durch ein aktuelles Geburten-, Betreuungs- und Schülerzahlenmonitoring
- mittelfristiger Ausbau der Barrierefreiheit an allen Grundschulen
- Erhalt des Schulstandortes Eudenbach
- Fortführung der Digitalisierungsoffensive an den städtischen Schulen
- bessere personelle Betreuung der Lehrer*innen und der Schulverwaltungen in allen EDV-Fragen

- Weiterentwicklung des Medienentwicklungsplanes unter stärkerer Berücksichtigung langfristiger Bildungsziele und -medien
- Weitere Verbesserung (Sanierung, Renovierung, Ausstattung) der Schulgebäude
- Aufstockung der Sekretariatsstellen, damit sich unsere Grundschulleiter*innen auf ihre pädagogische und schulorganisatorische Leitungsposition konzentrieren können
- einen umfangreichen Katalog an Maßnahmen, um die Sicherheit der Schulwege zu verbessern. In fast allen Ortsteilen gibt es hier einen Nachholbedarf. Schulwegepläne sollte es für alle Grundschulen geben, damit die schwächsten Verkehrsteilnehmer besser geschützt sind.

Offene Ganztagschulen qualifizieren

Die Offene Ganztagschule ist ein grundlegender Teil des Bildungssystems, für das die Stadt Königswinter zuständig ist. Sie verfolgt das Ziel der Bildungsförderung und der besseren Vereinbarung von Familie und Beruf: ein Angebot, das den veränderten Familien- und Erwerbsstrukturen nachkommt. Die Nachfrage nach OGS-Plätzen in Königswinter ist sehr groß. So wurden im Schuljahr 2018/2019 für 823 OGS-Kinder Landesmittel beantragt. Das sind rund 57 % der Gesamtschülerzahl in den Grundschulen (rund 1450 Schüler*innen). Unsere Offenen Ganztagschulen leisten gute Arbeit, unterschiedliche Träger (Fördervereine, Sportvereine u.a.) entwickeln ihre Konzepte fort und versuchen so, dem Anspruch an Bildungsziele, die deutlich mehr sein müssen als bloße Nachmittagsbeschäftigung, gerecht zu werden. Auch die Stadt war nicht untätig und investierte in den letzten Jahren in die räumliche Erweiterung an den Standorten Oberdollendorf, Niederdollendorf, Eudenbach sowie Oberpleis (in Planung).

Die Praxis der OGS ist aber auch der Kritik ausgesetzt. Eltern-, Lehrer- und Schulverbände kritisieren die fehlenden Qualitätsstandards seitens des Landes für:

- pädagogische Fachkräfte
- ein qualifiziertes Raumangebot an den Grundschulstandorten
- eine auskömmliche Finanzierung.

Die soziale Herkunft darf nicht über Zukunftschancen entscheiden. Unsere Kinder haben Anspruch auf eine vielfältige und hochwertige pädagogische Gestaltung des schulischen Nachmittags durch Arbeitsgruppen und auf eine qualifizierte Betreuung der Hausaufgaben. Nicht-pädagogisches Personal sollte eine Fortbildung nachweisen. Schließlich verbringen die Kinder eine lange Zeit des Tages in der OGS. Sie hat einen maßgeblichen Anteil an der Integration und der Förderung von Sozialverhalten.

Konkret fordern wir:

- den weiteren Ausbau der OGS-Kapazitäten
- die Abschaffung der Geschwisterkind-Regelung (Rückkehr zur alten Satzungsordnung und damit zu einer Entlastung der Eltern)
- die Einrichtung eines OGS-Koordinationsbüros bei der Stadt, Kooperation der Träger in einem Arbeitsgremium, Förderung des pädagogischen Austausches unter den Leitungen
- eine verbindliche Fortbildung des nicht-pädagogischen Personals in der OGS
- mittelfristig die Einführung der ersten Offenen Ganztagschule in städtischer Trägerschaft.

Unsere weiterführenden Schulen unterstützen

Das Gesamtbild der weiterführenden Schulen hat sich in Königswinter durch die Einrichtung der Gesamtschule verbessert. Neben dem städtischen Gymnasium am Ölberg, der Realschule und dem Gymnasium des privaten Schulträgers CJD stand die Gesamtschule im Fokus der schulpolitischen Veränderungen der letzten Jahre.

Die Gesamtschule steht für Chancengleichheit

Die Gesamtschule, für die wir uns stark engagiert haben, ist ein Erfolgsmodell. Es gibt weitaus mehr Anmeldungen, als die Schule aufnehmen kann. Unsere Haupt- und Realschule sind weggefallen. Die Kinder mit und ohne Gymnasialempfehlung drängen in die Gesamtschule, auch weil die Eltern den Wunsch haben, dass alle Kinder gemeinsam lernen. Mit ihren fünf Parallelklassen (Zügen) platzt sie aber räumlich aus allen Nähten. Seit langem sind die Klassen zu groß, und zahlreiche Kinder müssen auf Schulen außerhalb von Königswinter ausweichen. Zusammen mit der SPD haben wir schon vor Jahren auf diesen Umstand hingewiesen und einen sechsten Zug oder zumindest eine weitere siebte Klasse zur Entlastung gefordert.

Damit könnte kurzfristig auf den Überhang an sogenannten Abschüler*innen und Quereinsteiger*innen reagiert werden. Das gleiche gilt auch für Heim- und Pflegekinder oder für Kinder mit Migrationshintergrund. Sie alle haben besondere Probleme, in Königswinter einen Bildungszugang zu bekommen. Wir konnten uns aber nicht gegen die CDU/FDP/GAK-Koalition durchsetzen.

Unsere Gesamtschule steht für Chancengleichheit. Gute Leistungen stehen dem nicht entgegen. Vielmehr fordern der integrative Ansatz und das längere gemeinsame Lernen die Potenziale von Schüler*innen in besonderer Weise heraus. Diese erweiterte Aufgabenstellung von Schule erfordert sozialpädagogische Unterstützung. Als integrative Gesamtschule liegt ein wichtiger Auftrag der Schule auf der sonderpädagogischen Förderung von Schüler*innen. Dies ist eine große Herausforderung und bedarf weiter unserer besonderen Aufmerksamkeit. Als Schulträger Stadt müssen wir stärker die Methode der Förderdifferenzierung und des gemeinsamen inklusiven Lernens in den Blick nehmen (das bedeutet ausreichende Räumlichkeiten).

Gymnasium Am Ölberg

Unser städtisches Gymnasium arbeitet seit vielen Jahrzehnten erfolgreich. Dies zeigt sich beispielsweise an den hervorragenden Abschlüssen und dem Zuspruch, den die Schule auch über unsere Stadtgrenzen hinaus genießt. Doch dies nicht allein. Das Gymnasium nimmt seinen Bildungs- und Erziehungsauftrag in vielfältiger Weise wahr. Mit der Entscheidung zurück zu G9 wurde eine falsche Weichenstellung korrigiert. Gleichzeitig kehrte man zum Halbtagesbetrieb zurück. Dies stieß nicht bei allen auf Zustimmung. Durch ein Lern-, Kreativ- und Sportangebot konnte aber sehr erfolgreich die Betreuung der Klassen 5 und 6 am Nachmittag organisiert werden.

Christophorus Jugenddorf (CJD)-Schulen

Die staatlich anerkannte Realschule und das Gymnasium in privater Trägerschaft sind ein etablierter und renommierter Teil des vielfältigen weiterführenden Schulangebots in Königswinter. Davon profitiert unsere Stadt in hohem Maße. Wir setzen auf eine Fortführung der bewährten partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Förderschule

Ein besonderes Angebot bietet unsere Drachenfelsschule, die Förderschule. Nach dem bildungspolitischen Desaster „einer Inklusion mit der Brechstange“ auf Landesebene konnte sich die Schule weiter festigen. Sie stellt weit über die Stadtgrenzen hinaus ein wichtiges Angebot in dem Förderbereich Sprache und Lernen dar. Dank des Engagements der Schulträger Stadt Bornheim und Königswinter, der politischen Verantwortlichen und natürlich der Schulen selbst konnte 2015 durch eine Kooperation die Schließung der beiden Standorte verhindert werden. Zuvor wurde durch das 9. Schulrechtsänderungsgesetz die erforderliche Schüler*innenzahl massiv reduziert; der Bestand der Schulen schien gefährdet. Durch den Verbund wurde den Eltern die Förderung der Kinder an einem Förderschulsystem weiterhin ermöglicht (Wahlmöglichkeit). Beide Schulen wurden zum Ende des Schuljahres 2019/20 erneut eigenständig.

Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus, den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zu ermöglichen. Dies kann aber nur im Interesse der einzelnen Schüler*innen umgesetzt sowie mit einer deutlichen personellen Verstärkung realisiert werden.

Es mangelt in NRW an ausreichenden Förderschullehrer*innen. Hier darf der Druck auf Bezirksregierung und Landesregierung nicht nachlassen. Als Köwis werden wir das Konzept des Einsatzes von Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen weiterentwickeln.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Schulen in Königswinter dem unterschiedlichen Bildungsbedarf aller Schüler*innen nicht in allen Belangen gerecht werden. Um das Recht auf Bildung zu verwirklichen, muss aber sichergestellt werden, dass auch Kinder, die einen mittleren Schulabschluss anstreben, hier zur Schule gehen können. Ein erster Schritt: Es muss künftig aktuelleres Zahlenmaterial über die Entwicklung der Schülerzahlen vorliegen. Das haben wir beantragt. Denn die bisher üblichen Schulentwicklungspläne hinken der Wirklichkeit weit hinterher. Ein Schülerzahlen-Monitoring soll helfen, bildungspolitisch auf Veränderungen schneller und planbarer reagieren zu können.

Konkret fordern wir:

- Aufbau eines weiteren Klassenzuges an der Gesamtschule, denn jedes Kind in Königswinter muss einen Schulplatz in der eigenen Stadt angeboten bekommen
- garantierte Schulplätze für „Abschüler*innen“, Heim- und Pflegekinder in Königswinter

Unsere übergeordneten Ziele:

- Etablierung eines Schülerzahlenmonitoring zur bedarfsgerechten Schulplanung
- Vertretung der Schülerschaft im Schulausschuss mit beratender Stimme
- Einführung kostenloser ÖPNV-Tickets für alle Schüler*innen in Königswinter.

VHS: Bildung und Lernen ein Leben lang

Die Volkshochschule Siebengebirge wartet mit einem vielseitigen, attraktiven und modernen Angebot der Weiterbildung, der politischen Bildung, der Unterrichtung künstlerischer Fähigkeiten oder der beruflichen Fortbildung auf. Besondere Anstrengungen hat die VHS bei der Integration und dem Sprachunterricht für zahlreiche geflüchtete Menschen unternommen.

Auch nach dem geplanten Umzug in die ehemalige Paul-Moor-Schule sollte die VHS über ausreichende Räumlichkeiten im Stadtgebiet verfügen, um auch Kurse beispielsweise im Talbereich anbieten zu können.

Die digitale Ausstattung sollte so weiterentwickelt werden, dass sie im Unterricht eingesetzt werden kann, aber auch, um Kurse im Bedarfsfall via Internet (VHS-Cloud) durchführen zu können. Allerdings sollen grundsätzlich Präsenzveranstaltungen im Vordergrund stehen.

Kinderrechte

Kinder und Jugendliche gestalten mit

Nach jahrelanger Diskussion über eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz hat das Bundesjustizministerium Ende November 2019 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Danach sollen Kinder einen Anspruch auf Förderung ihrer Grundrechte erhalten, zudem soll eine Pflicht zur Berücksichtigung des Kindeswohls festgeschrieben werden. Ob sich in letzter Konsequenz der Bundestag in Berlin für diesen Schritt entscheiden wird? Eines ist sicher: Kinder können nicht warten!

Denn Kinder und Jugendliche haben ebenso wie Erwachsene das Recht, ihre Interessen zu artikulieren, mitzuentcheiden und damit an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes und den Weichenstellungen ihrer Zukunft aktiv teilzuhaben. Dies gilt auch in der Kommunalpolitik. Dabei endet diese Mitwirkung nicht mit der Gestaltung von Kinderspielplätzen, Schulhöfen oder Spielstraßen, sondern umfasst alle Bereiche von der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsgestaltung bis zu Umweltfragen. Wenn Kinder und Jugendliche selbst aktiv gestaltend mitwirken, kann Demokratie für sie erfahrbar gemacht werden. Es ist ein wichtiger Weg gerade in einer Zeit, in der die Demokratie von rechts angegriffen wird, demokratische Einstellungen von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Entsprechende Vorschriften finden sich im Sozialgesetzbuch, im Kinder- und Jugendfördergesetz NRW und im Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Auch im Baugesetzbuch sind Kinder ausdrücklich als Teil der Öffentlichkeit genannt, die im Rahmen der Bauleitplanung zu beteiligen ist.

Beispiele für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind der B-Plan Vinxel, die Gestaltung der Rheinallee, die Bebauung des Stadtgartens, die neuen Kindergärten und der Umbau der ehemaligen Paul-Moor-Schule in Oberpleis.

Die derzeitige Form der Beteiligungsverfahren ist allerdings nicht geeignet, Kinder und Jugendliche zur Teilnahme zu motivieren. Kinder werden schon allein durch die späten Uhrzeiten der Bürgeranhörungen ausgeschlossen. Zudem müssten sie gezielt über ihre Beteiligungsrechte aufgeklärt werden.

Konkret fordern wir:

- Verlässliche Unterstützung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit
- öffentlich erkennbar hohe Wertschätzung aller Ehrenamtler*innen in der Jugendarbeit
- Stärkung der Jugendberufshilfe in enger Zusammenarbeit mit unseren weiterführenden Schulen, ortsansässigen Betrieben und der Agentur(en) für Arbeit/Jobcenter
- Qualifizierung für Beteiligungsprozesse der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen der Stadt.

Voraussetzungen hierfür sind die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen sowie der erklärte Wille von Entscheidungsträgern in Verwaltung und den städtischen Gremien. Deshalb fordern wir Köwis ein Kinder- und Jugendbüro als Anlaufstelle für Kinder- und Jugendinteressen, das deren Beteiligung in der Kommune ermöglicht. Die Stelle des Stadtjugendpflegers als Vertreter von Kinderinteressen in der Stadtverwaltung und Ansprechpartner des Bauamts, der Schulen und Kindertagesstätten wird entsprechend aufgestockt.

Kindeswohl, Elternwohl und Gemeinwohl bedingen einander

Trotz zahlreicher guter Einzelprojekte der vergangenen Jahre, trotz der hervorragenden Arbeit der Frühen Hilfen und der Erziehungsberatungsstelle fehlt in Königswinter ein integriertes Gesamtkonzept für präventiven Kinderschutz, in das die Einzelmaßnahmen, wie Aufklärungsveranstaltungen an den Grundschulen, einbezogen werden. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung einer Fachstelle Prävention beim Jugendamt ein. Diese Fachstelle sollte das Konzept mit professioneller Hilfe entwickeln und ein Netzwerk auf Basis des § 78 Sozialgesetzbuch VIII gründen. Eine solche „AG 78“ sichert eine verbindliche Kooperation zwischen unterschiedlichen Trägern, die mit Kindern zu tun haben: öffentliches Jugendamt, Kitas, Vertreter der offenen Kinder- und Jugendarbeit, OGS, Schulen, ASD, Frühe Hilfen, Erziehungsberatung, Flüchtlingshilfe usw. auf der Basis von Präventionsketten von der Geburt bis zur beruflichen Integration der Jugendlichen.

Wichtig ist dabei die Mitwirkung von Eltern, Kindern und Jugendlichen. Es sollten wirksame Instrumente der Mitwirkung von Familien auf städtischer Ebene geschaffen werden.

Die Fachstelle Prävention hat dabei eine Steuerungsfunktion. Sie wertet nicht nur die Erkenntnisse über frühe Warnhinweise aus, führt Präventionsmaßnahmen wie die Fortbildung von Fachkräften durch, sondern sie achtet auch auf eine Wirkungsbeurteilung, um laufende Aktivitäten erfolgversprechend gestalten zu können. Professionelles Planen und Handeln schließen allerdings Kontrolle durch eine regelmäßige Berichtspflicht der Träger über die vereinbarten Kinderschutzmaßnahmen ein. Denn das öffentliche Jugendamt ist nach dem Sozialgesetzbuch Gewährleistungsträger. Es muss sicherstellen, dass alles geschieht, um ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

Seniorinnen und Senioren

Im Alter selbstständig leben

Die Menschen arbeiten länger, gehen später in den Ruhestand und genießen ihn länger und gesünder. Heute zählen knapp 25 Prozent der Bevölkerung in Königswinter zu den über 65-Jährigen, bis 2030 werden sie mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, wenn es nicht einen entsprechenden Zuzug jüngerer Menschen gibt. Die Anzahl der über 80-Jährigen wird sich dann absolut gesehen um rund die Hälfte erhöhen, die Zahl der Pflegebedürftigen wird demzufolge ansteigen.

Der demografische Wandel findet auch in Königswinter statt

Ein stetig wachsender Teil der Bevölkerung wird also auf wohnungsnahe Hilfe, ambulante Pflege (auch im familiären Rahmen) oder gar auf vollstationäre Pflege angewiesen sein.

Auch wenn der Rhein-Sieg-Kreis für den Bereich der Pflege zuständig ist, werden wir uns auf städtischer Ebene dafür einsetzen, dass Senior*innen stärker am kommunalen und gesellschaftlichen Leben in Königswinter teilhaben und solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Konkret fordern wir:

- Die selbstständig gestaltete Teilhabe am städtischen Leben für alle Menschen.
- Eine wohnungsnahe Infrastruktur und quartierbezogene Unterstützung und Versorgung sind so miteinander zu verzahnen, dass lokale Teilhabemöglichkeiten bestehen, um Vereinsamung und Isolation zu vermeiden: kurze Wege zu Geschäften, kulturellen Angeboten, medizinisch-gesundheitlichen und anderen Dienstleistungen.
- Die DB-Bahnhöfe in Niederdollendorf und Königswinter müssen barrierefrei werden, Busse mit Neigungstechnik verstärkt eingesetzt werden. Die Belange von Fußgängern und Rollstuhlfahrern müssen bei der Verkehrsplanung besonders berücksichtigt werden. Die Zahl der Sitzmöglichkeiten durch Bänke ist sowohl am Rhein als auch in den Ortskernen und an Spazier- und Wanderwegen deutlich auszuweiten.
- Grundsätzlich ist bei jeder Fortschreibung des Nahverkehrsplans die Busversorgung kritisch zu überprüfen. Punktuelle Verbesserungen der letzten

Jahre müssen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht und gegebenenfalls angepasst werden.

- Alle Ein- und Ausstiege müssen weiterhin behindertengerecht umgebaut werden.
- Die ehrenamtlichen Mobilitätshilfen wie Fahr- und Bringdienste sind zu unterstützen.

Wohnen im Alter

Wohnen im Alter hat viele Facetten. Junge Senioren brauchen ein Wohnungsangebot, um sich „kleiner setzen“ zu können. Dies muss bei der Entwicklung von Bebauungsgebieten unbedingt berücksichtigt werden. Viele ältere Menschen müssen zudem im Rentenalter mit kleineren Budgets zurechtkommen. Dem muss bei der Entwicklung des öffentlich geförderten Wohnraums Rechnung getragen werden, d. h. es muss ausreichend barrierefreier seniorengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Die Angebote von ambulant betreutem Wohnen, die auch von Durchschnittsverdienern bezahlt werden können, müssen erweitert werden. Die Wohnberatung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Kreis sollte durch kommunale Hilfen bei der Aufgabe von Hauseigentum und beim Umzug in kleinere Wohnungen oder in stationäre Einrichtungen durch Sozialarbeiter unterstützt werden. Interessant ist das Modell einer Tauschbörse, bei der Haus- gegen Wohneigentum getauscht werden kann.

Initiativen zur Schaffung gemeinschaftlicher Wohnformen für alte Menschen sollten ebenso gefördert werden wie Mehrgenerationenprojekte auch für Geringverdiener.

Pflege zukunftsorientiert planen

Auch in Königswinter ist der Pflegenotstand allgegenwärtig.

In unserer Stadt gibt es vier stationäre Altenpflegeeinrichtungen mit derzeit insgesamt 297 Plätzen, 13 Kurzzeitpflegeplätze und 12 Tagespflegeplätze (Stand 2017). Nach Berechnungen des Rhein-Sieg-Kreises werden bis 2030 308 stationäre Pflegeplätze fehlen. Auch die vier ambulanten Pflegedienste in Königswinter reichen nicht aus.

Konkret fordern wir:

- Eine qualifizierte Pflegeberatung ist auch in Königswinter im Sozialamt in Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis zu schaffen, um hilfsbedürftigen Menschen im Notfall über Lösungen leicht (auch ohne Computer) zu informieren, um Angehörige schwerkranker und dementer Menschen zu beraten und dabei die vorhandenen professionellen und ehrenamtlichen Angebote miteinander zu vernetzen.
- Dabei muss die Ausbildung von Pflegekräften gezielt gefördert werden, zum Beispiel, indem Asylberechtigte für den Pflegeberuf ausgebildet werden.
- Die Unterstützungsangebote im Alltag (wie beispielsweise die Gruppen- oder Einzelbetreuung, die Hilfe im Haushalt, Begleitungen zum Einkauf, zu Behörden, Ärzten oder Kultur- und Freizeitangeboten) müssen durch die Stelle eine/s Sozialarbeiter/in, der/die als eine Art Streetworker in die Wohnungen geht, ausgeweitet werden. Diese unterschiedlichen Hilfen gilt es in quartierbezogenen Versorgungsnetzen zu koordinieren. Die vom Kreis begonnene Gesundheits- und Pflegeplanung sollte aktiv unterstützt werden.
- Notwendig ist schließlich auch eine stationäre Hospizbetreuung in Königswinter. Dazu muss die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kreis und dem örtlichen Hospizverein alle Akteure an einen Tisch bringen und ein Angebot realisieren.

Unabhängige Seniorenvertretung. Aktive Beteiligung stärken

Um die Interessen der älteren Generation wirksamer als bisher zu vertreten, setzen wir uns für einen unabhängigen Seniorenbeirat in Königswinter ein.

Der Seniorenbeirat ist ehrenamtlich aktiv und überkonfessionell tätig, nicht an Weisungen gebunden und tagt öffentlich. Er berät und unterstützt Politik und Verwaltung bei der seniorengerechten Gestaltung der Stadt, bringt Kritik und Anregungen aus der Bevölkerung ein, nimmt zu städtischen Vorhaben Stellung und hat ein Anhörungsrecht in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Verkehr und Stadtplanung. Im Prozess der Etablierung eines Seniorenbeirates ist es uns wichtig, dass die verschiedenen Projekte, die in Königswinter bereits Seniorinnen und Senioren in den Mittelpunkt gestellt haben (wie die Netzwerke „Senioren“ beim Forum Ehrenamt oder „Aktiv im Alter“), angemessen eingebunden werden.

Gleichstellung ist das Ziel

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit – wie Kindererziehung, Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Altenfürsorge und Ehrenamt – gleichberechtigt, eigenverantwortlich und in gegenseitigem Respekt auf Männer und Frauen verteilt ist.

Frauen sind jedoch in den meisten Fällen um ein Vielfaches mehr belastet durch die hohen Anforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Dies wirkt sich vor allem auf ihre Karrierechancen und ihre langfristige finanzielle Absicherung negativ aus.

Der Gleichstellungsplan der Stadt Königswinter sieht einen 40%-igen Frauenanteil in den städtischen Gremien vor. Die Köwis treten bei der Kommunalwahl am 13. September mit einem 50%-igen Frauenanteil auf den vorderen Listenplätzen an.

Um Familien- und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen, braucht es Arbeitsstrukturen und räumliche sowie technische Rahmenbedingungen, die beides ermöglichen. Eine konsequente Entwicklung der Digitalisierung der Arbeitswelt lässt hier Spielräume entstehen, die genutzt werden können.

Wir unterstützen die gute Arbeit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten. Denn sie nimmt vielfältige wichtige Aufgaben wahr (Umsetzung des Gleichstellungsplans der Stadt Königswinter, Mädchenarbeit, Schutz von Frauen gegen Gewalt, Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund, Selbstverteidigung, Einzelberatungen usw.).

Konkret fordern wir:

- Teilzeitarbeit muss auch in höheren Vergütungsstufen für Frauen und Männer möglich sein.
- 50 % der Leitungsfunktionen auf der Ebene der Geschäftsbereiche sollten von Frauen besetzt sein.
- Lebensarbeitszeitmodelle zur Minimierung der negativen Folgen von familiären Betreuungszeiten sollten entwickelt und umgesetzt werden.
- Mitarbeitende mit Führungsaufgaben sollen sich regelmäßig im Hinblick auf ihre Vorbildfunktion bei der Förderung der Gleichstellung überprüfen.
- Die gleichberechtigte Förderung von Jungen und Mädchen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse sollte überprüft werden.

- Die gesetzlich verankerten Gleichstellungsinstrumente müssen regelmäßig überprüft, angepasst und stärker als bisher mit verbindlichen Controlling-Strukturen unterlegt werden.
- Schulische Ganztagsangebote sollten die Regel sein, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Kultur

Königswinter muss eine Kulturstadt werden

Kultur gehört zu den prägenden Standortfaktoren, die für eine Kommune bedeutsam sind. Kulturelle Begegnungen jeder Art bereichern die Menschen von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter.

Eine verstärkte Förderung der Kultur trägt nicht nur zu einer Aufwertung des Tourismus bei, sondern ist eine wichtige Voraussetzung für die Anwerbung qualifizierten Personals für öffentliche Dienststellen und die Wirtschaft. Zudem hat die Kreativwirtschaft positive Folgen für die kommunale Einnahmesituation.

In Königswinter werden Kunst und Kultur trotz eines beachtlichen Engagements von Künstler*innen und Kulturschaffenden immer noch zu klein geschrieben. Um den Fundus an Galerien, an kulturvermittelnden Vereinen und künstlerischem Engagement zu nutzen und zu bündeln und die Bedeutung der Kultur zu verstärken brauchen wir eine veränderte Struktur in der Stadtverwaltung und im Stadtrat. Zu schaffen sind ein Kulturamt und ein eigener Kulturausschuss. Dann kann sich Königswinter zu einer Kulturstadt entwickeln.

Mittel- und langfristig kann eine kulturelle Infrastruktur bewirken, dass in jedem Ortsteil ein Kulturangebot möglich wird. Dazu gehört die kommunale Förderung von freien Initiativen, von klassischen Konzerten bis zum Mundarttheater. Das Siebengebirgsmuseum, ein Kleinod in der rheinischen Museumslandschaft, sollte in der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit stärker als bisher finanziell unterstützt werden.

Ein "Königssommer" ersetzt keine ganzjährige kontinuierliche Kulturförderung. Die noch zu schaffenden Begegnungs- und Veranstaltungsstätten sollten auch Kulturveranstaltungen anbieten. Der Bahnhof Niederdollendorf wäre dafür geeignet.

Konkret fordern wir:

- Kultur findet auf der Website der Stadt Königswinter nicht statt. Es gibt keinen nutzerfreundlichen Zugang zur Kulturszene und zu Kulturangeboten. Dies sollte möglichst rasch geändert werden. Für diejenigen, die sich nicht im Internet bewegen, sollten halbjährliche Übersichten der Königswinterer Kulturangebote in allen Orten der Stadt verteilt werden. Außerdem ist in den

Berggemeinden auch verstärkt durch Plakate für Kulturveranstaltungen im Tal zu werben.

- Kunst und Kunstvermittlung tragen bereits in Kindergärten und Grundschulen zum Verständnis der Gesellschaft und zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Das Land bezuschusst derartige Initiativen. Fördergelder sollten in größerem Maßstab als bisher abgerufen werden. Das Schulamt könnte hierbei beratend unterstützen.
- Kulturelle Vielfalt stellt eine unschätzbare Bereicherung unserer Gesellschaft dar. Im Rahmen des Kulturprogramms der Stabsstelle für Integration und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ist es gelungen, Migrant*innen an Kulturangebote wie Museen, Konzerte oder Theater heranzuführen. Auch die Ferienaktionen fördern interkulturelle Kompetenz. Diese begrüßenswerten Ansätze sollten in Zukunft weiter gefördert werden.

Für Königswinter als Stadt des Tourismus gibt es zahlreiche Überschneidungen beider Bereiche, daher sollte sich der Kulturausschuss auch mit dem Tourismus befassen (siehe Kapitel zum Tourismus).

Denkmalschutz

Wohn- und Lebensqualität durch Denkmalschutz

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind Teil der Kulturförderung und der Stadtplanung einer Kommune. Königswinter verfügt über einen außerordentlich großen Reichtum an historischen Gebäuden. In der Altstadt und in Dollendorf tragen denkmalgeschützte und denkmalwerte Gebäude dazu bei, dass man dort gerne wohnt und sich gerne begegnet. Sie machen Königswinter zu einer Stadt mit unverwechselbarer Wohn- und Lebensqualität. Und sie sind eine wichtige Attraktion für den Tourismus und machen den historisch geprägten individuellen Charakter der Stadt aus.

Deshalb ist es notwendig, dem Denkmalschutz und der Denkmalpflege eine höhere Bedeutung als bisher beizumessen. Ein Denkmalbewusstsein, das über einzelne Gebäude hinausreicht, vielmehr Ensembles und Plätze einschließt, ist zu stärken. Dies ist umso wichtiger als der gesetzlich vorgeschriebene Umgebungsschutz von Denkmälern immer wieder gefährdet ist.

Unverzichtbare Planungsgrundlagen sind ein aktualisiertes Denkmalkataster und ein Denkmalpflegeplan. Nur dann können fundierte Handlungskonzepte entwickelt werden. Der Denkmalpflegeplan sollte umgehend erstellt und zeitnah funktionsfähig gemacht werden.

Da die Qualität von Denkmälern nicht reproduzierbar ist, erfordert ein verantwortlicher Umgang mit unserem kulturellen Erbe, die Denkmalpflege vor Ort fachlich kompetent zu stärken. Nur dann können die Denkmaleigentümer*innen unterstützt und die denkmalfachlichen Belange in der Stadt zur Geltung gebracht werden.

Um dem Denkmalschutz den für Königswinter angemessenen hohen Rang einzuräumen, sollte nach § 23 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes ein Denkmalausschuss gebildet werden. Sachverständige Bürger*innen können zusätzlich mit beratender Stimme an diesem Ausschuss teilnehmen. Die bisher dem Planungs- und Umweltausschuss zugeordnete Aufgabe des Denkmalschutzes wird entweder in einem Denkmalausschuss oder im neuen Kulturausschuss behandelt.

Tourismus

Tourismusziel Königswinter weiter aufwerten

Königswinter ist nicht nur ein Wohnort mit hoher Lebensqualität im Siebengebirge und am Rhein, sondern ein touristischer Schlüsselstandort, den mehr als eine Million Touristen im Jahr besuchen. Die Stadt ist auch ein wichtiger Ausgangspunkt für den Mittelrhein-Tourismus. Die Entwicklung hin zum sanften, naturverträglichen Tourismus hat das Angebot deutlich verändert. Nach einer Phase der rückläufigen Nachfrage steigen die Besucher- und Übernachtungszahlen in Königswinter von Jahr zu Jahr. Um auch künftig im Wettbewerb bestehen zu können, halten wir eine Weiterentwicklung der Angebote und der Qualität des Tourismus für dringend geboten. Dazu gehören ganzjährige verlässliche Kulturangebote sowie die Qualifizierung von Gastronomie, Einzelhandel und Hotellerie.

Noch ausbaufähig ist die Angebotsstruktur der Hotels und Pensionen, nachdem das Hotel Loreley und die Seminarstätte der Jakob-Kaiser-Stiftung weggefallen sind. Um attraktiv für neue Anbieter*innen und kleinere Investor*innen zu werden, muss die Aufenthaltsqualität in der Altstadt, in Nieder- und Oberdollendorf verbessert werden.

Es müssen ganzjährige und nicht nur saisonale touristisch-kulturelle Angebote präsentiert werden. Dabei sind der Park der Villa Leonhart in der Altstadt und der Mathildenberg in Oberpleis einzubeziehen, um sie auch touristisch zu nutzen.

Das Siebengebirgsmuseum als regionale und überregionale Attraktion muss in die Lage versetzt werden, notwendige Werbemaßnahmen zu finanzieren.

Hauptschwerpunkt in Königswinter ist der Tages-Tourismus. Mehr als 72% der Tourist*innen kommen mit dem Auto. Dieser Anteil muss deutlich abnehmen. Wichtig ist, für die Nutzung des ÖPNV offensiv zu werben. Die Fahrradwege müssen auch für den Tourismus ausgebaut werden. Ladestationen für E-Bikes gehören ebenso dazu wie die Möglichkeit, die Räder mit Bussen und Bahnen zu transportieren. Die Zugänge vom Bahnhof in die Altstadt und zur Drachenfelsbahn sind attraktiver zu gestalten.

Konkret schlagen wir vor:

- Lokale Themen und Besonderheiten werden sichtbar und erlebbar gemacht.
- Weinanbau und Weingenuss werden verstärkt zum Thema der Tourismusplanung für Oberdollendorf und die Altstadt.
- Die denkmalgeschützten und denkmalwerten Gebäude in der Altstadt, in Nieder- und Oberdollendorf sind wichtige touristische Anziehungspunkte. Sie müssen besser inszeniert und ihre Umgebung geschützt werden.
- Die Rheinufer und Promenaden in der Altstadt und in Niederdollendorf werden als Aufenthalts- und Erlebnisräume unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung weiterentwickelt. Das Landschaftserlebnis am und im Wasser wird als Attraktion stärker genutzt. Die grüne Rheinauenuferlandschaft in Niederdollendorf wird von weiterer Bebauung freigehalten und als Naherholungsraum geschützt und ökologisch aufgewertet.
- Die visuelle Beziehung zwischen Rhein und Altstadt wird stärker betont und mit fernwirksamen Anziehungspunkten versehen.
- Der Naturpark Siebengebirge kann, ohne die Natur zu stören, für weitere Sportarten genutzt werden, zum Beispiel für Mountainbikes.
- Das Lemmerz-Freibad muss als ein wichtiges touristisches Ziel, als Naherholungs- und als Sportstätte mit hoher Priorität erhalten bleiben und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören sowohl eine intensive Bewerbung als auch die Möglichkeit, das Freibad ohne Auto vom Bahnhof und der Altstadt aus zu erreichen.
- In Königswinter fehlt immer noch ein Wohnmobilstellplatz in attraktiver Tallage.
- Die östlichen Bereiche Königswinters von Frohnhardt bis zur Komper Heide sollten touristisch besser erschlossen und aufgewertet werden.
- Die touristische Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden über den Bereich der Tourismus-GmbH hinaus, z.B. zwischen Oberpleis und Hennef, ist ausbaufähig.

Um die kommunalpolitischen Ziele und die Vermarktung des Tourismus besser als bisher miteinander verknüpfen zu können, sprechen wir uns für einen Ausschuss für Kultur und Tourismus im Stadtrat aus.

Sport und Freizeit

Sport- und Freizeitangebote ausbauen

Der Großteil des Sports findet in Vereinen statt und wird ehrenamtlich organisiert. Die vielen jugendlichen und erwachsenen Betreuer*innen, Trainer*innen und Vorstände leisten hier hervorragende Arbeit, die nicht nur für das Sportangebot unverzichtbar ist, sondern zudem auch einen wichtigen sozialpolitischen Auftrag wahrnimmt. Unterstützung finden sie beim Stadtsportbund, dessen Aufgabenbereich durchaus erweitert werden sollte.

Obwohl der organisierte Sport in Königswinter dank des ehrenamtlichen Engagements insgesamt gut aufgestellt ist, wird es gerade für kleinere Vereine immer schwieriger, Trainer*innen und Betreuer*innen zu finden, die sich in die Vereine und im Sport einbringen wollen. Dies fördert einen problematischen Konzentrationsprozess, der im Mannschaftssport schon länger zu beobachten ist. Auch sind die Trainingsmöglichkeiten gerade für die kleineren Vereine durch mangelnde Hallen- und Platzkapazitäten sowie Trainingsgeräte eingeschränkt. Deshalb begrüßen wir den Bau einer weiteren kleinen Halle in Oberpleis genauso wie den zusätzlichen Anbau eines Trainingsraums an das Vereinsheim des TuS 05 Oberpleis und den Bau des Bolzplatzes auf der ehemaligen Tennisanlage des TuS Eudenbach. Das alles trägt zu einer Verbesserung des Sportangebotes bei.

Aber auch für Individualsportler*innen bzw. spielende Kinder und Jugendliche muss Raum geschaffen werden. Kleinspielfelder in Verbindung mit Spielplätzen in den Ortslagen sollen angelegt und gefördert werden. Zudem müssen vorhandene Sportstätten frei zugänglich gemacht werden, wenn dies rechtlich möglich ist. Bei Schaffung und Erhalt von Sport- und Freizeitmöglichkeiten handelt es sich häufig um freiwillige Leistungen. Dies sollte aber nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden; die Stadt hat auch eine soziale Verantwortung. Ein Freibad gehört zwar zu den freiwilligen, aber dennoch sportlich und sozial notwendigen Leistungen. Deshalb setzen sich die Köwis für die Erhaltung des Lemmerz-Freibades auf dem Sauren Berg in der Altstadt ein.

Die mehr als zehnjährige Geschichte der Planung eines neuen Hallenbads hat mehr als 700.000 EUR Planungskosten verschlungen. Dem Irrweg einer Partnerschaft mit einem Privatinvestor (Public Private Partnership) haben wir gemeinsam mit der SPD ein Ende gesetzt. Weil wir absehen konnten, dass ein Neubau noch mehr Geld verschlingen wird, wollten wir das alte Lemmerzbad sanieren, statt es abzureißen.

CDU und FDP haben das verhindert. Die Kostenentwicklung zeigt, dass der Neubau nicht nur länger dauert, sondern sich bereits im ersten Baujahr verteuert hat.

2014 hat eine von uns initiierte überfraktionelle Redaktionsgruppe ein Sportstättenkonzept entwickelt, das derzeit mit einigen wichtigen Projekten für die Sportstättenstruktur in unserer Stadt umgesetzt wird. Nach der Aufwertung der Sportanlage an der Theodor-Storm-Straße in Oberpleis mit einem Kunstrasenplatz und einer neuen Laufbahn müssen in der nächsten Wahlperiode die beschlossenen Projekte in Ittenbach (Multifunktionsfläche) und Dollendorf (Bolzplatz und Skaterbahn) umgesetzt werden. In beiden Ortsteilen werden kaum genutzte Sportplätze zugunsten von Multifunktionsflächen aufgegeben. Die zusätzlich freiwerdenden Flächen werden für Wohnungsbau und Gewerbe genutzt.

Konkret fordern wir:

- Die gute Sportstättenstruktur muss bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Mittel aus der Sportpauschale des Landes sollten nach dem Vorbild der Investitionspauschale des Landes zu 50% durch den Stadtsportbund direkt den Vereinen zur Unterstützung ihrer Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Dafür ist in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund ein Kriterienkatalog für den Verteilungsschlüssel zu erarbeiten.

Um den Freizeit- und Breitensport stärker zu unterstützen, müssten im Naturpark Siebengebirge an dafür geeigneten Stellen Areale geschaffen oder weiter ausgebaut werden:

- Laufen, Joggen, Nordic Walking und Wandern im gesamten Naturpark
- Baumwipfelpfad z.B. für Kinder und Grundschüler*innen zur Schulung und Sensibilisierung für den Erhalt der reichen Flora und Fauna des Siebengebirges
- Kletterfelsen und Klettergarten für Familien, Kinder, Jugendliche und Klettergruppen. Hier sollte geprüft werden, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen eine Reaktivierung des vormaligen Kletterfelsens Stenzelberg erfolgen kann.
- Ein klar definiertes und eingegrenztes Areal (Trail- und MTB-Park), in welchem sich Mountainbiker*innen tummeln dürfen. Hier ist darauf zu achten,

dass sich Wanderer etc. und MTB'ler nicht auf gleichen Pfaden treffen. Das ist grundsätzlich nicht ungefährlich. Die bestehenden Regeln müssen eingehalten werden, wenn das „Zusammenleben“ im Siebengebirge funktionieren soll.

- Reiten auf den dafür bereits vorhandenen Reitwegen

Bei der Suche nach geeigneten Arealen sind die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, der Naturschutzverordnung für das Siebengebirge und die sonstigen naturschutzfachlichen Rahmenbedingungen vorrangig zu beachten. Damit können wir die Attraktivität von Königswinter für sportliche und touristisch interessierte Menschen erhöhen. Die lokale Hotellerie, wie das JUFA, könnte dafür gewonnen werden, z.B. Sportwochen und -wochenenden für Schulklassen oder auch Firmenevents anzubieten. Dabei muss es zwingend immer um die naturverträgliche Ausübung der Sportarten gehen.

Vielfalt der Kulturen

Vielfalt ist unsere Stärke

Menschen aus über 150 Nationen leben in Königswinter. Allein in der Altstadt haben fast 29% der Bevölkerung ausländische Wurzeln. Alle leben gut miteinander. Das gilt auch für die geflüchteten Menschen, die 2015 zu uns kamen.

Ein wichtiger Grund für den problemlosen Umgang miteinander damals und heute: Die Bevölkerung von Königswinter hat sich von Anfang an ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert – rund 500 Bürger*innen sind es seit 2015.

Die Königswinterer Wählerinitiative wirbt dafür, das Thema Vielfalt und kulturelle Unterschiede weniger als Bedrohung und mehr als Chance zu betrachten. Für uns als Bürger*innen von Königswinter gilt es, Rechtsextremismus und Rassismus jeden Tag die Stirn zu bieten, auf allen Ebenen. Als Köwis haben wir hier eine klare Haltung. Uns ist wichtig, dass es in Königswinter keinen Platz für Intoleranz, Hass und Ausgrenzung gibt. Königswinter ist schon immer eine tolerante Stadt gewesen und soll auch weiterhin bunt und lebendig, lebens- und liebenswert bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesellschaftliche und politische Teilhabe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommune sichergestellt wird (NRW Teilhabe- und Integrationsgesetz): „In allen Gremien des Landes, die einen Bezug zu Belangen der Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen, sollen Menschen mit Migrationshintergrund angemessen vertreten sein. Dabei ist der Grundsatz der geschlechterparitätischen Besetzung laut §12 Landesgleichstellungsgesetz zu beachten.“

Wir setzen uns dafür ein,

- das Thema Integration in der Stadtverwaltung als Schwerpunktbereich zu erhalten und weiterhin entsprechend finanziell auszustatten
- die Förderung kultureller Vielfalt auch in der Ausbildung und Personalentwicklung der Stadtverwaltung zu verankern
- ein gutes Angebot für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnraum zu garantieren
- alle integrationsfördernden Aktivitäten wie das Engagement der Schulen und (Sport-)Vereine sowie vieler privater Initiativen zu stärken.

Flucht und Migration

Geflüchtete finden Schutz und Förderung

Kein Mensch begibt sich freiwillig auf die Flucht, verlässt seine Heimat. Menschen, die vor Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen aus Krisensituationen und Kriegen fliehen, vor Diskriminierung und persönlicher Verfolgung aus ethnischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen, brauchen unseren Schutz.

2015 waren dies rund 560 Menschen, unter ihnen ganze Familien, Männer, Frauen, unbegleitete Kinder und Jugendliche, die in Königswinter ankamen. Sie wurden von über 500 ehrenamtlichen Königswinterer Bürger*innen freundlich aufgenommen und begleitet. Die Anzahl an Schutzsuchenden geht seit zwei Jahren kontinuierlich zurück. Aktuell leben rund 300 Geflüchtete mit unterschiedlichem Status in der Stadt.

Ein wichtiger Grund für den problemlosen Umgang miteinander: Die Bevölkerung von Königswinter, darunter viele unserer Mitglieder, haben sich von Anfang an privat oder in den örtlichen Initiativen, beispielsweise dem „Forum Ehrenamt“, der Begegnungsstätte „Grenzenlos“ oder dem „Netzwerk Integration Königswinter“ (NIK), engagiert. Unser großer Dank und unsere Wertschätzung gilt allen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe und in den vielfältigen Integrationsprojekten bisher engagiert haben und noch engagieren!

Als Reaktion auf unseren entsprechenden Antrag an den Stadtrat wurde im Herbst 2015 mit etwas Verspätung die Stabsstelle „Integration und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe“ eingerichtet. Dank des großen Engagements der Stelleninhaberin und ihrer Kolleg*innen konnten die vielfältigen Angebote und Aktivitäten der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer*innen sehr gut als Ergänzung zu den städtischen Pflichtaufgaben genutzt werden. Förderprogramme des Bundes und des Landes wurden systematisch für die Zielsetzungen in Königswinter eingesetzt. Dadurch konnte die Verwaltung in ihrer Verantwortung als koordinierende Stelle gestärkt werden.

Leider haben sich die Fluchtursachen weltweit bisher nicht aufgelöst. Die prekäre Situation in den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, an den europäischen Außengrenzen und auf dem Mittelmeer besteht fort. Daher haben die Köwis Anfang 2020 in einem Antrag gefordert, zusätzliche Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland aufzunehmen. Als Reaktion auf unseren Antrag konnten wir schließlich

alle Fraktionen im Stadtrat für einen gemeinsamen Antrag gewinnen. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass Menschen, die vor Vertreibung und Gewalt aus Kriegssituationen fliehen, sei es vor Diskriminierung oder persönlicher Verfolgung aus ethnischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen, als Geflüchtete in der Stadt Schutz und Förderung erhalten.

Die Königswinterer Wählerinitiative mit ihren Schwerpunkten ökologisch, sozial und lokal unterstützt eine Politik der Menschlichkeit, die darauf abzielt,

- die legalen Aufenthaltsbedingungen mit den Betroffenen schnell zu klären und damit den Menschen einen klaren Status und eine Perspektive zu geben,
- die Verteilung von Geflüchteten in Deutschland neu zu organisieren. Städte und Gemeinden, die bereit sind, Schutz suchende Menschen aufzunehmen, sollten diese Möglichkeit nutzen können.
- dass die Stadt Königswinter sich weiterhin bereit erklärt, zusätzliche Geflüchtete z.B. aus überfüllten griechischen Aufnahmelagern aufzunehmen. Dafür ist es notwendig einen guten Überblick über die Auslastung in den zentralen Unterkünften zu haben.

Migration

Grenzüberschreitende Zu- und Abwanderungen (internationale Migration) oder Wanderungsbewegungen im Landesinneren (Binnenmigration) gibt es in allen Ländern der Welt – auch in Deutschland. Migration ist ein globales Phänomen. Migration – im Gegensatz zur Flucht – geschieht auf freiwilliger Basis. Gerade in Industrieländern wie Deutschland wurde in den letzten zehn Jahren deutlich, wie sehr sie auf Zuwanderung angewiesen sind, um ihre Produktion in den großen Unternehmen und in der Landwirtschaft, aber auch ihre Leistungen in den Sozialen und Pflegediensten zu halten. Wir werben dafür, das Thema Migration nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Königswinter zu sehen und Menschen, die hier ihren Beitrag leisten, zu integrieren. Unser Land ist faktisch ein Einwanderungsland. Menschen, die in Königswinter ihren Lebensmittelpunkt und eine Ausbildung oder Arbeit gefunden haben, sind damit Teil unserer Gesellschaft und sollten eine Perspektive für ihr künftiges Leben bekommen.

Konkret fordern wir:

- langfristige Perspektive für das Zusammenwachsen der Bevölkerung durch die gesicherte Förderung der Begegnungsstätten „Grenzenlos“ in der Altstadt und den Verein „Netzwerk Integration Königswinter“ (NIK) in Oberpleis
- Verstetigung der Arbeiten der Stabsstelle „Integration und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe“
- Erweiterung der Zahl beratender Mitglieder im Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration um Bürger*innen mit Migrationshintergrund (Migrantenverbände, muslimische Gemeinde, ...)
- Unterstützung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Ausbildung und bei der Suche nach Erwerbsarbeit
- Stärkung der Kooperation mit den Arbeitsagenturen zur wichtigen Integration in den Arbeitsmarkt. Dabei muss die Stadt weiterhin mit gutem Beispiel als Arbeitgeber vorangehen.

Kommunalpolitisches Programm der Königswinterer Wählerinitiative e. V.
zur Kommunalwahl am 13.09.2020.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 18. Juni 2020

Weitere Informationen und Kontakt unter www.koewi-online.de